



Bericht

der Landesregierung

Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2002 bis 2006

Federführend ist der Minister für Finanzen und Energie.

Finanzplan

des Landes Schleswig-Holstein

2002 bis 2006

Stand: 02. Juli 2002

Aufgestellt
vom Ministerium für Finanzen und Energie
und beschlossen
von der Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein

Gliederung

	<u>Seite</u>
I. Vorbemerkung	5
II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans	
1. Wirtschaftliche Rahmendaten	6
2. Finanzielle Lage des Landes/Haushaltsstruktur	11
3. Eckdaten des Finanzplans 2002 - 2006	14
4. Aufgabenschwerpunkte	15
III. Die Einnahmenseite des Finanzplans	
1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	19
2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dgl.	20
3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	21
4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen	21
5. Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt	22
IV. Die Ausgabenseite des Finanzplans	
1. Personalausgaben	24
2. Sächliche Verwaltungsausgaben	27
3. Ausgaben für den Schuldendienst	27
4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke	30
5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen	31
V. Kommunaler Finanzausgleich	
1. Kommunaler Finanzausgleich	32
2. Steuereinnahmen der Kommunen	34

**VI. Schwerpunkte überwiegend wachstums- und
 beschäftigungsfördernder Maßnahmen**

1.	„ziel: Zukunft im eigenen Lande“	35
2.	Förderung der Bildung	38
3.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	39
4.	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	39
5.	Errichtung eines Landesdatennetzes Schleswig-Holstein	40
6.	Einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen	41
7.	Verkehrsbereich	44
8.	Innere Sicherheit und Justiz	45
9.	Agrarhaushalt	47
10.	Umwelt, Natur und Forsten	48
11.	Frauenpolitische Maßnahmen	49
12.	Wohnraumförderung	50
13.	Städtebauförderung	50
14.	Baumaßnahmen im Hochschulbereich	51
15.	Gesundheitswesen	53
16.	Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich	54
17.	Asyl- und Ausländerrecht	57
18.	Staatlicher Hochbau (ohne Hochschulbau)	57

Anlagen

- 1 Gesamteinnahmen
- 2 Gesamtausgaben
- 3 Finanzierungsübersicht
- 4 Steueraufkommen
- 5 Bedeutsame nichtinvestive Ausgaben
aufgrund von Bundesgesetzen
- 6 Aufteilung der Finanzausgleichsmasse
- 7 Sachinvestitionen und Investitions-
förderungsmaßnahmen
- 8 Ausgaben für wesentliche Aufgabenbereiche
nach Einzelplänen
- 9 Gruppierungsübersicht nach dem Schema des
Finanzplanungsrates

I. Vorbemerkung

1. Rechtsgrundlage

Nach §§ 9 und 14 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) vom 8. Juni 1967 ist der Haushaltswirtschaft des Bundes und der Länder eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde zu legen. In ihr sind Umfang und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben und die Deckungsmöglichkeiten in ihren Wechselbeziehungen zu der mutmaßlichen Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermögens darzustellen. Der Finanzplan ist nach § 9 Abs. 3 StWG jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

§ 50 Abs. 3 des Haushaltsgrundsätzegesetzes (HGrG) vom 19. August 1969 bestimmt, dass der Finanzplan den gesetzgebenden Körperschaften spätestens im Zusammenhang mit dem Entwurf des Haushaltsgesetzes für das nächste Haushaltsjahr vorzulegen ist. Diesen gesetzlichen Bestimmungen trägt die Landesregierung mit der Vorlage des Finanzplans für das Land Schleswig-Holstein 2002 bis 2006 Rechnung.

2. Aufgabe der Finanzplanung

Die Finanzplanung stellt eine wichtige Entscheidungshilfe für Parlament und Regierung dar. Sie zeigt vor allem auf, in welchem Umfang voraussichtlich Mittel für die Finanzierung der Aufgaben des Landes im mittelfristigen Zeitraum zur Verfügung stehen - aber auch, welche Vorausbelastungen aus bisherigen Maßnahmen zu erwarten sind und wie groß damit der Spielraum für die Übernahme neuer Aufgaben ist.

Der Finanzplan ersetzt nicht die Aufstellung der vom Parlament zu beschließenden jährlichen Haushaltspläne; ihm kommt vielmehr nur Programmcharakter zu. Er wird deshalb dem Landtag nicht zur Beschlussfassung, sondern nur zur Kenntnisnahme vorgelegt. Die konkrete Umsetzung der Finanzplanungsdaten in die Haushaltswirklichkeit erfolgt durch den Haushaltsplan des jeweiligen Jahres.

3. Planungszeitraum

Nach § 50 Abs. 2 HGrG ist das erste Planungsjahr der Finanzplanung das laufende Haushaltsjahr. Grundlage dieser Finanzplanung ist mithin der Haushalt 2002. Die Werte für 2003 entsprechen dem vorgelegten Haushaltsentwurf. Eigentliche Finanzplanungsjahre sind damit die Jahre 2004 bis 2006.

II. Der Gesamtrahmen des Finanzplans

1. Wirtschaftliche Rahmendaten

1.1 Wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik

Entwicklung im Vorjahr und im laufenden Jahr 2002

Nach einem überdurchschnittlichen realen Wachstum von 3 % im Jahre 2000 hat sich die Wirtschaftsentwicklung im vergangenen Jahr abrupt verschlechtert. Im Jahresdurchschnitt 2001 nahm dabei das reale Bruttoinlandsprodukt nur noch um 0,6 % zu. Zu diesem deutlichen Rückgang trugen neben dem nachlassenden Exportwachstum vor allem die schwache Inlandsnachfrage und hier insbesondere der Einbruch bei den privaten Investitionen bei. Die Entwicklung im letzten Quartal 2001 war zusätzlich durch die Anschläge vom 11. September in den USA belastet. Insgesamt war in der zweiten Hälfte 2001 sogar ein leichter Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts zu verzeichnen. In den ersten Monaten des laufenden Jahres 2002 hat sich das konjunkturelle Umfeld wieder aufgehellt. Insbesondere das Geschäftsklima und die Auftragseingänge und die Produktionserwartungen haben sich spürbar verbessert, die Inlandsnachfrage entwickelt sich hingegen noch sehr verhalten. Im zweiten Quartal ist nach den jüngsten Daten über die Auftragsentwicklung auch die Binnennachfrage wieder stärker geworden. Für die zweite Jahreshälfte wird aufgrund der bereits begonnenen Wirtschaftserholung in den USA und in den meisten westeuropäischen Ländern und den hiermit verbundenen Impulse auch für die deutschen Exporte eine spürbare konjunkturelle Belebung erwartet. Im Jahresdurchschnitt 2002 wird jedoch das reale Wachstum in Deutschland wegen der noch schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte nur leicht über dem Vorjahr liegen. Die wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute prognostizieren in ihrem Frühjahrgutachten für 2002 ein reales Wirtschaftswachstum von 0,9 %. Die Bundesregierung geht in ihrer Jahresprojektion 2002 von einem realen Anstieg des Brutto-Inlandsprodukts von 0,75 % aus.

Aufgrund der schwachen Konjunktur verlief auch die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt deutlich ungünstiger als zunächst erwartet. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Jahresverlauf 2001 vor allem durch den erheblichen Stellenabbau im Baugewerbe leicht ab. Die Arbeitslosenzahl stieg im Jahresverlauf beständig an und erreichte am Jahresende saisonbereinigt knapp 4 Millionen. Die Arbeitslosenquote lag im Jahresdurchschnitt 2001 im Bundesgebiet bei 9,4 %, wobei die Quote in Ostdeutschland mit 17,5 % mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (7,4 %) war.

In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich die Situation noch nicht entspannt. Im Mai ging die Arbeitslosenzahl zwar mit 3,95 Millionen leicht zurück, saisonbereinigt wurde aber die Vier-Millionen-Grenze überschritten. Da der Arbeitsmarkt erfahrungsgemäß erst relativ spät von einer konjunkturellen Erholung profitiert, ist mit einer Besserung erst im späteren Jahresverlauf 2002 zu rechnen.

Die Preisentwicklung im Jahre 2001 war durch gegenläufige Faktoren geprägt. Während am Jahresbeginn die Erhöhung indirekter Steuern und der Anstieg der Nahrungsmittelpreise expansiv wirkten, trugen anschließend der merkliche Rückgang bei den Öl- und Energiekosten zu einer Dämpfung des Preisanstiegs bei. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Lebenshaltungskosten um 2,5 % mit rückläufiger Tendenz zum Jahresende hin. Zum Jahresbeginn 2002 war insbesondere durch Verknappungen bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln, teilweise aber auch im Zusammenhang mit der Euro-Umstellung ein kräftiger Preisanstieg zu verzeichnen. Danach standen den Preisrückgängen bei den Nahrungsmitteln ein erneuter Anstieg der Öl- und Energiekosten gegenüber. Saisonbereinigt stiegen die Verbraucherpreise von Januar bis April um 0,5 %. Wegen des hohen Anstiegs zu Beginn des Jahres 2001 sanken die Lebenshaltungskosten im Vergleich zum Vorjahr von 2,1 % im Januar auf 1,2 % im Mai 2002. Für das Gesamtjahr 2002 erwartet die Bundesregierung einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um 1,5 %.

Erwartete Wirtschaftsentwicklung im kommenden Jahr 2003

Die Erstellung längerfristiger Prognosen zur weiteren Wirtschaftsentwicklung wird derzeit von einer Reihe außerordentlicher Unsicherheitsfaktoren beeinträchtigt.

Neben den wirtschaftlichen Einflüssen gibt es eine Reihe von Risiken aus der kaum kalkulierbaren Entwicklung in den bekannten internationalen Krisen-Regionen.

Fast alle Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung gehen davon aus, dass sich die erwartete konjunkturelle Erholung im kommenden Jahr 2003 weiter festigen wird. Deutliche Unterschiede gibt es allerdings noch bezüglich der Intensität und Dauer der wirtschaftlichen Erholung.

Für eine spürbare Wachstumsbeschleunigung spricht die wirtschaftliche Erholung in den USA, die deutliche Verbesserung des Wirtschaftsklimas und der konjunkturellen Frühindikatoren in Westeuropa und die allmähliche Überwindung der rezessiven Entwicklung in Japan. Von der hiermit verbundenen Belebung des Welthandels gehen erfahrungsgemäß auch positive Impulse für die Exportentwicklung in der Bundesrepublik aus. Die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Perspektiven könnten dann, unterstützt durch eine moderate Geldpolitik und einen möglichen Rückgang der Ölpreise, in einem zweiten Schritt auch die stark eingebrochene private Investitionstätigkeit wiederbeleben. Nach Überwin-

derung der derzeitigen Kaufzurückhaltung könnte auch der private Verbrauch als Folge steigender Bruttolöhne und -gehälter wieder stärker zunehmen. Ausgehend von derartigen Rahmenbedingungen erwarten die wirtschaftswissenschaftlichen Institute im kommenden Jahr 2003 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 2,4 %. Es wird jedoch nicht ausgeschlossen, dass sich im Verlauf des kommenden Jahres die Wachstumsdynamik auch als Folge eines wieder restriktiveren geldpolitischen Kurses und intensiver Konsolidierungsbemühungen bei den öffentlichen Haushalten bereits wieder verlangsamt. Optimistischere Prognosen sehen für 2003 ein Wachstumspotential von bis knapp unter 3 %.

Den gesamtwirtschaftlichen Annahmen der letzten Steuerschätzung vom Mai 2002 liegt für das kommende Jahr ein reales Wachstum von 2,5 % zugrunde.

Gesamtwirtschaftliche Eckwerte der Steuerschätzung vom Mai 2002

Zuwachsraten des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in v. H.			
	2002	2003	Durchschnitt 2002 – 2006
nominal	2,5	4,0	3,5
real	0,75	2,5	2,25

Im Vergleich zur Steuerschätzung vom November 2001 sind damit die Wachstumserwartungen für das laufende Jahr 2002 um 0,5 %-Punkte und für den Finanzplanungszeitraum um 0,25 % zurückgenommen worden.

Zusammen mit dem Rückgang insbesondere bei den Unternehmenssteuern ergeben sich hieraus gegenüber den letzten Steuerschätzungen für Bund, Länder und Gemeinden Steuerausfälle von rd. 11,7 Mrd. € im laufenden Jahr und knapp 18 Mrd. € in den kommenden Jahren des Finanzplanungszeitraums.

Ein Wirtschaftswachstum in der jetzt angesetzten Größenordnung von über zwei Prozent ist eine unabdingbare Voraussetzung sowohl für den dringend notwendigen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit als auch für die vorgesehene Rückführung der Neuverschuldung der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren.

Um die Annahmen der Steuerschätzung umzusetzen, muss jetzt alles daran gesetzt werden, die derzeitige Wachstumsschwäche sobald wie möglich zu überwinden.

Ebenso wichtig ist es jedoch, dass der Aufschwungsprozess nachhaltig gesichert werden kann. Hierzu bedarf es verstärkter Anstrengungen, die Leistungsfähigkeit und Produktivi-

tät unserer Wirtschaft dauerhaft zu verbessern. Neben der Intensivierung der privaten Investitionen zur Erneuerung und Erweiterung der Produktionskapazitäten kommt dabei den Investitionen in das Humankapital namentlich im Bereich der Ausbildung und beruflichen Qualifikation eine wachsende Bedeutung zu. Um hierfür die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, sind in zahlreichen Aufgabenfeldern zum Teil gravierende Umstrukturierungen erforderlich, die letztlich erfolgreich nur dann abgeschlossen werden können, wenn hierüber ein Grundkonsens in der Bevölkerung besteht und die Tarifpartner, die Öffentliche Hand und die geldpolitischen Instanzen in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen.

Die Öffentliche Hand hat bereits mit der Steuerreform erhebliche Vorleistungen erbracht und muss nun verstärkte Anstrengungen unternehmen, um den eingeschlagenen Konsolidierungskurs fortsetzen. Die Rückführung der Neuverschuldung ist notwendig, um die Belastung künftiger Generationen mit hohen Schuldendienstleistungen zu begrenzen, die Preisstabilität nicht zu gefährden und ein günstiges Zinsniveau zu erhalten. Daneben werden in den kommenden Jahren insbesondere im Bereich der Alterssicherungssysteme, im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich grundlegende Strukturentscheidungen getroffen werden müssen.

1.2 Wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein

Entgegen den bisherigen Erfahrungen, wonach die Wirtschaft in Schleswig-Holstein wegen der ganz überwiegend mittelständigen Wirtschaftsstruktur des Landes in einer schwachen Konjunkturphase weniger stark betroffen wird, lag das reale Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr nach vorläufigen Berechnungen mit 0,2 % in Schleswig-Holstein unter dem Bundesdurchschnitt von 0,6 %. Hierfür gibt es eine Reihe von Sonderfaktoren, von denen insbesondere die stark rückläufige Entwicklung im Baugewerbe, die ungünstigere Entwicklung bei den Auslandsumsätzen im verarbeitenden Gewerbe sowie Sondereinflüsse im Schiffbau maßgeblich waren. Das Baugewerbe hatte im vergangenen Jahr einen Umsatzeinbruch von minus 7 % im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Die rückläufige Nachfrage führte zu einem Abbau der Beschäftigtenzahlen um fast 11 %. Im verarbeitenden Gewerbe war ein Umsatzrückgang von 0,7 % zu verzeichnen, wobei sich insbesondere die Auslandsumsätze in Schleswig-Holstein deutlich ungünstiger als im Bundesgebiet insgesamt entwickelt haben. Dies ist auch darauf zurückzuführen, dass Schleswig-Holstein von der guten Exportentwicklung im Automobilsektor nicht profitieren konnte. Positiv zu vermerken ist auch, dass - ungeachtet der schwachen Konjunktur - die Zahl der Unternehmensgründungen in Schleswig-Holstein

nochmals leicht auf über 4400 Neugründungen angestiegen ist, während hier bundesweit ein Rückgang zu verzeichnen war.

Das unbefriedigende Wirtschaftswachstums wirkte sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Die Arbeitslosenzahl stieg im Jahredurchschnitt um 1,6 % an, gleichzeitig ging die Zahl der Erwerbstätigen um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Im Vergleich zu den übrigen Flächenländern nimmt Schleswig-Holstein mit einer Arbeitslosenquote von 8,4 % gleichwohl einen guten 5. Platz ein. Nach den letzten Daten zur Arbeitslosenstatistik ist die Arbeitslosenquote im Mai 2002 saisonbedingt auf 8,2 % zurückgegangen, im Vergleich zum Vorjahr (8,0 %) jedoch nochmals leicht angestiegen. Mit einer Besserung kann hier erst gerechnet werden, wenn im Laufe der zweiten Jahreshälfte 2002 die erwartete Konjunkturbelebung einsetzt.

Die vorliegenden Wirtschaftsdaten für die ersten Monate des laufenden Jahres lassen noch keine durchgreifende Besserung der Wirtschaftsentwicklung erkennen. Es gibt jedoch erste Anzeichen einer allmählichen Erholung. So sind z. B. die Umsätze im verarbeitenden Gewerbe in den ersten 4 Monaten um 3,2 % gestiegen, wobei insbesondere die Auslandsumsätze kräftig zugenommen haben. Gleichzeitig sind auch die Auftragseingänge um rd. 4 % gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Im Baugewerbe ist der Umsatzrückgang auf dem erreichten niedrigen Niveau zum Stillstand gekommen.

Nach dem letzten Konjunkturbericht der Industrie- und Handelskammern hat die Wirtschaftsentwicklung ihre Talsohle erreicht. In den nächsten Monaten erwartet die Wirtschaft keine weitere Verschlechterung, eine eindeutige Wende zum Besseren ist allerdings bei den Geschäftserwartungen auch noch nicht auszumachen.

2. Finanzielle Lage des Landes / Haushaltsstruktur

Die finanzielle Lage des Landes ist in den kommenden Jahren gekennzeichnet von

- den Steuerausfällen durch Steuer- und Rentenreform,
- dem Beschluss des Finanzplanungsrats vom 21. März 2002, die Steigerung der Nettoausgaben von Ländern und Gemeinden in den Jahren 2003 und 2004 auf durchschnittlich 1 % zu begrenzen, um im Hinblick auf die Stabilitätsziele des Maastricht-Vertrages zu einer nahezu ausgeglichenen Haushaltsposition zu kommen. Die Landesregierung steht zu ihrer gesamtstaatlichen Mitverantwortung zur Einschränkung dieses Staatsdefizits und wird in den Jahren 2003 und 2004 die Nettoausgaben begrenzen.
- der ungenügenden Entwicklung des Steueraufkommens, die nach der jüngsten Steuerschätzung für Schleswig-Holstein allein für das Jahr 2003 Haushaltsbelastungen gegenüber den bisher schon reduzierten Erwartungen von rd. 117 Mio € prognostiziert hat.

Der Konsolidierungsdruck auf den Haushalt 2003 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2006 hat deshalb erheblich zugenommen. Anders als der Bund haben die Länder wenig Möglichkeiten, ihre Steuerausfälle ohne drastische Ausgabenbeschränkungen auszugleichen.

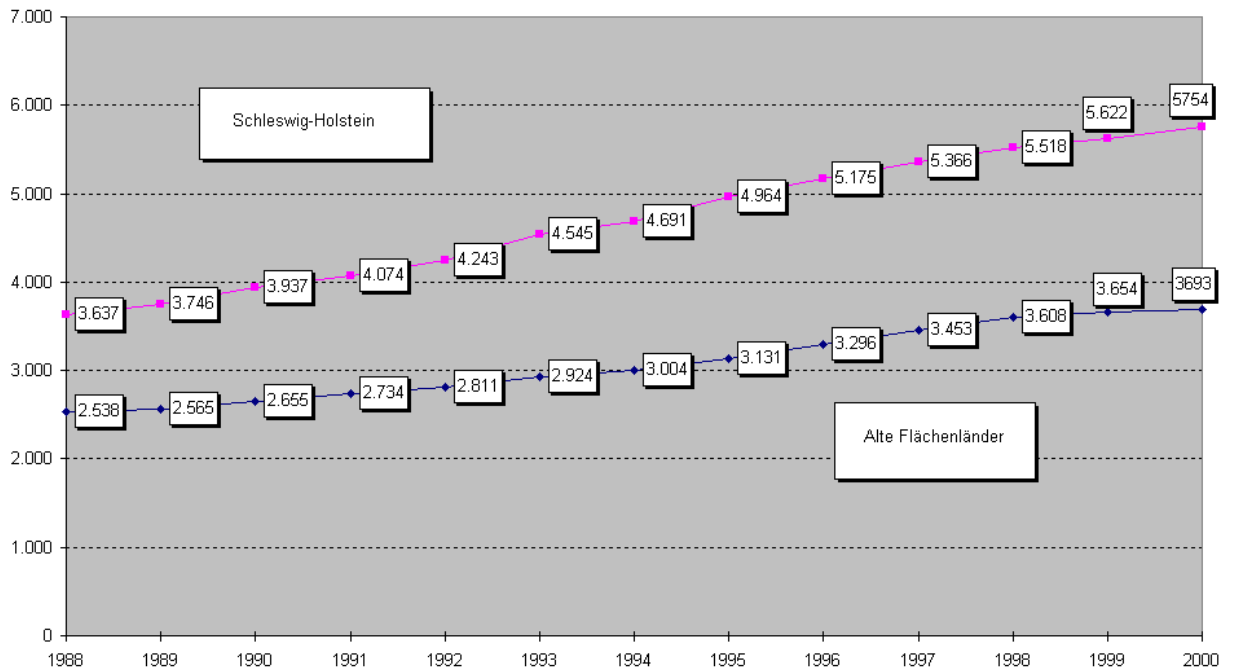
Neben Einsparungen sind jedoch auch gegenüber der alten mittelfristigen Finanzplanung eine begrenzte Erhöhung der Neuverschuldung und weitere einmalige Einnahmen zum Haushaltsausgleich erforderlich.

Die Neuverschuldung des Landes soll sich nach dieser neuen mittelfristigen Finanzplanung jetzt wie folgt entwickeln

2002:	512,6 Mio €
2003:	512 Mio €
2004:	505 Mio €
2005:	505 Mio €
2006:	405 Mio €

Die Möglichkeiten des Landes, noch stärker in eine jährliche Neuverschuldung auszuweichen, sind begrenzt. Schleswig-Holstein weist bereits jetzt die höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller Flächenländer der Bundesrepublik aus.

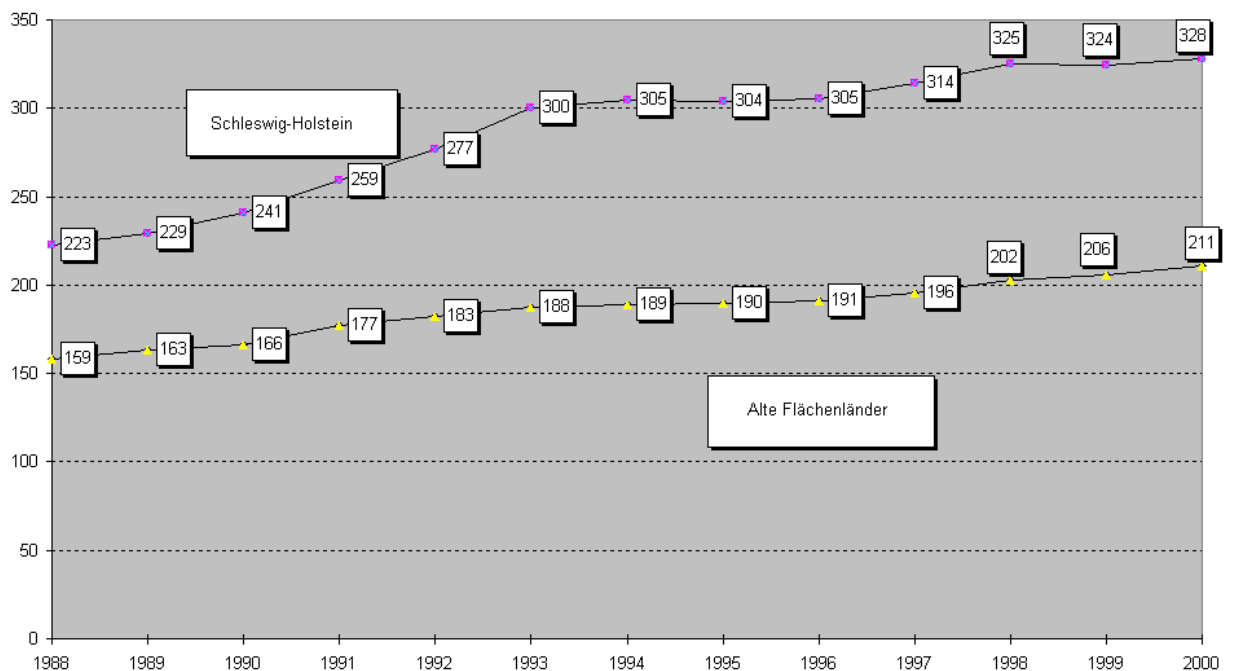
Schulden des Landes pro Einwohner (in €)



Folge dieser hohen Verschuldung ist u.a., dass Schleswig-Holstein bei den Haushalts-eckwerten „Zinssteuerquote“ und „Zinsausgabenquote“ bereits im Jahre 2001 ungünstigere Werte als das Haushaltsnotlageland Saarland aufgewiesen hat.

Im Vergleich zu den alten Flächenländern weist Schleswig-Holstein überproportional hohe Zinsausgaben von rd. 120 € pro Einwohner oder rd. 55 % mehr als der Durchschnitt aus.

Zinsausgaben des Landes je Einwohner (in €)



Die Bemühungen der Landesregierung, die Haushaltsprobleme durch Einschnitte in bestehende Ausgabenstrukturen, einen Umbau der Landesaufgaben und einer Konzentri-

on der verfügbaren Landesmittel auf die Zukunftsvorsorge in den Bereichen Arbeit, Bildung und Innovation zu konzentrieren, werden deshalb verstärkt fortgesetzt.

Dazu gehören z.B.

- eine verstärkte Zusammenarbeit mit Hamburg,
- die Einführung einer zweistufigen Finanzverwaltung (Abschaffung der OFD),
- eine veränderte Schulentwicklungsplanung,
- die Fusion der Fachklinik Schleswig mit dem Martin-Luther-Krankenhaus,
- ein neues Konzept zur Förderung von Kindertagesstätten,
- die weitere Absenkung von Regelförderquoten,
- die Konzentration der Landesbezirkkassen auf eine Kasse in Kiel,
- weitere Entwicklung des IPTS,
- Fusion der Landesbanken,
- Reform der Landeszentrale für politische Bildung,
- Organisation des Küstenschutzes,
- Organisations- und Einsparvorschläge für die Forstverwaltung.

3. Eckdaten des Finanzplans 2002 bis 2006

Für den Zeitraum der Finanzplanung hat die Landesregierung folgende Entwicklung der Nettoausgaben vorgesehen :

		<u>Mio €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2002	7.713,0	
Haushaltsentwurf	2003	7.809,5	1,0*
Planung	2004	7.887,3	1,0
Planung	2005	8.062,0	2,2
Planung	2006	8.264,6	2,5

* Steigerungsrate ohne Grundsicherung

Bei den Nettoeinnahmen wird folgendes Wachstum erwartet:

		<u>Mio €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2002*	7.130,7	
Haushaltsentwurf	2003	7.290,1	1,9
Planung	2004	7.374,9	1,2
Planung	2005	7.557,0	2,5
Planung	2006	7.859,6	4,0

*ohne Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen

Für die Neuverschuldung des Landes ergibt sich folgende Entwicklung:

		<u>Mio €</u>	<u>Veränderung absolut - in Mio € -</u>
Haushalt	2002*	512,6	
Haushaltsentwurf	2003	512,0	-0,6
Planung	2004	505,0	-7,0
Planung	2005	505,0	0,0
Planung	2006	405,0	-100,0

* ohne Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen

Einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der großen Einnahme- und Ausgabeblöcke im Planungszeitraum auf der Grundlage des Gruppierungsplans geben die **Anlagen 1 bis 3**.

4. Aufgabenschwerpunkte

Mit der Finanzplanung bis 2006 wird bewiesen, dass Schleswig-Holstein finanzpolitisch handlungsfähig bleibt. Der Sparkurs wird verstärkt. Die Wachstumsraten des Haushalts entsprechen der Empfehlung des Finanzplanungsrates. Die Reformen werden fortgesetzt. Die knappen Landesmittel werden konzentriert auf den Bereich „Arbeit, Bildung, Innovation“. Aber auch dieser Schwerpunkt ist von Ausgabekürzungen nicht ausgenommen.

Wesentliche Aufgabenbereiche bleiben:

- Programm „*ziel*: Zukunft im eigenen Land“

Im Programm „*ziel*: Zukunft im eigenen Land“ mit einem Gesamtvolumen von rd. 1 Mrd. € im Zeitraum 2000 bis 2006 wurden das „Regionalprogramm 2000“, das Programm „Zukunft auf dem Land“ und das Programm „ASH 2000“ gebündelt, um die erhöhten Fördermittel der EU zu binden und effektiv einzusetzen.

Das Programm verfolgt folgende Ziele:

- Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen u.a. in neuen Arbeitsfeldern und durch neue Arbeitsorganisationen
- Berufliche Qualifizierung
- Förderung zukunftsweisender Technologien
- Förderung der Informationsgesellschaft
- Stärkung der ländlichen Räume einschl. Modernisierung der Agrarstruktur
- Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Klimaschutz
- ökologische Modernisierung
- Ostsee- und Nordseekooperation

Dabei sollen innovative Projekte, die in besonderer Weise zukunftsweisend oder strukturfördernd sind, grundsätzlich einen Fördervorrang erhalten. Im Bereich der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wird Projekten ein Fördervorrang eingeräumt, die staatliche Transferzahlungen vermeiden oder überwinden.

– Wohnraumförderung

Das vom Land finanzierte Volumen des Wohnungsbaues beläuft sich im Jahre 2002 auf rd. 51 Mio €. Das neue Wohnungsbauprogramm 2003 wird ein Volumen von 75 Mio € nicht übersteigen.

– Städtebauförderung

Das Förderungsvolumen beträgt für den Planungszeitraum insgesamt rd. 96 Mio €.

– Arbeitsmarkt

Für das arbeitsmarktpolitische Programm des Landes ASH - das alle Maßnahmen der Ressorts zusammenfasst - werden im Finanzplanungszeitraum allein im MASGV Landesmittel im Gesamtbetrag von 79,5 Mio € bereitgestellt. Hinzu kommen noch ESF-Mittel in Höhe von rd. 107,6 Mio €.

– Umweltschutz

Durch die Erhebung einer Grundwasserentnahmeabgabe können umfangreiche Umweltschutzmaßnahmen im Bereich Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung und Wasserversorgung in Höhe von rd. 51,2 Mio € finanziert werden. Zusätzlich wird die Oberflächenwasserabgabe. Von einem zu erwartendem Aufkommen von rd. 202,0 Mio € im Finanzplanungszeitraum sollen 50 % für Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung verwendet werden. Aus dem Aufkommen der Abwasserabgabe i.H.v. 78,5 Mio € werden u.a. Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässergüte finanziert.

– Innere Sicherheit und Justiz

Für die Innere Sicherheit werden von 2002 bis 2006 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei allein rd. 1,8 Mrd. € ausgegeben.

Die Funktions- und Handlungsfähigkeit der Justiz wird gesichert. Durch Modernisierung

und umfassenden Einsatz von Informationstechnik wird die Justiz zukunftsfähig gemacht. Hierfür sind bis zum Jahre 2006 rd. 34,4 Mio € eingeplant.

– Kindertagesstätten

Für die Förderung von Kindertageseinrichtungen – insbesondere für die anteilige Erstattung der Kosten des pädagogischen Personals – sind im Finanzplanungszeitraum insgesamt 268,5 Mio € vorgesehen. Das Land beabsichtigt, für die Berechnung des Landeszuschusses zu den Kosten des pädagogischen Personals der Kindertageseinrichtungen neue Kriterien festzulegen.

- Schulbereich

Die Landesregierung hat beschlossen, im Zeitraum 2000 bis 2005 insgesamt 1.200 neue Lehrerstellen zur Qualitätssicherung für die Schulen zu schaffen. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung werden zum Schuljahresbeginn 2003/04 zusätzliche Ressourcen im Umfang von 200 Stellen geschaffen, und zwar 150 durch neue Stellen, weitere 50 Stellen sind durch strukturelle Veränderungen im Schulbereich zu erwirtschaften.

- Hochschulen und Forschung

Die Hochschulen erhalten auch in 2003 weitgehend globalisierte Haushalte. Die Ausweisung der Hochschulhaushalte wird sich im Jahr 2003 im Vergleich zum Haushalt 2002 noch nicht ändern. Erst nach Vorliegen der technischen Voraussetzungen werden die Hochschulen voraussichtlich ab dem Jahr 2004 entsprechend dem Hochschulgesetz Zuschüsse zu ihren Wirtschaftsplänen erhalten. Die Wirtschaftspläne der Hochschulen einschließlich der weiterhin verbindlichen Stellenpläne werden dann als Anlage zum Landeshaushalt abgedruckt werden. Einhergehen muss damit die Einführung einer Kostenrechnung, eines Berichtswesens und eines Controllings.

– Wirtschaftsförderung

Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften zur Sicherung von Arbeitsplätzen sind mit 63,5 Mio € eingeplant.

Das Aufstiegsfortbildungsgesetz gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung.

Für Leistungen nach dem Gesetz sind 21,5 Mio € vorgesehen, von denen der Bund 16,7 Mio € trägt.

(Wegen Einzelheiten der Schwerpunkte vor allem wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen wird auf die Ausführungen in dem Abschnitt VI des Finanzplans verwiesen.)

III. Die Einnahmenseite des Finanzplans

1. Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Steuereinnahmen, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

Grundlage für die Veranschlagung der Steuereinnahmen, des Länderfinanzausgleichs und der Bundesergänzungszuweisungen sind

- eine eigene Steuerschätzung auf der Basis des regionalisierten Ergebnisses des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 14. bis 16. Mai 2002,
- die finanziellen Auswirkungen der seit der Steuerschätzung vom Mai 2001 in Kraft getretenen Steuerrechtsänderungen wie u.a.
 - Steueränderungsgesetz 2001
 - Gesetz zur Fortentwicklung des Unternehmensteuerrechts
 - Zweites Gesetz zur Familienförderung
 - Steuerverkürzungsbekämpfungsgesetz
 - Solidarpaktfortführungsgesetz und
 - die steuerliche Förderung eines privaten Altersvorsorgevermögens für Beamte im Versorgungsänderungsgesetz 2001 und im Tarifbereich durch Tarifvertrag.
- die Aufschiebung der Anpassung der amtlichen Branchen-Abschreibungstabellen.

Der Prognose der Steuereinnahmen liegen die unter Abschnitt II.1 genannten gesamtwirtschaftlichen Annahmen zugrunde.

Die Schätzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom Mai 2002 wurde auf der Grundlage des geltenden Steuerrechts vorgenommen. Bei der Verteilung der Steuereinnahmen auf die staatlichen Ebenen wurde für den gesamten Zeitraum von der gegenwärtig geltenden Aufteilung des Umsatzsteueraufkommens auf Bund, Länder und Gemeinden ausgegangen. Danach stehen dem Bund vom Aufkommen der Umsatzsteuer vorab 5,63 v. H. für die Rentenfinanzierung zu. Vom verbleibenden Aufkommen erhalten die Gemeinden als Ausgleich für die ab 1. Januar 1998 weggefallene Gewerbesteuer 2,2 v.H. Vom danach verbleibenden Aufkommen stehen dem Bund 49,6 v.H. und den Ländern 50,4 v. H. zu.

Die Steuereinnahmen, der Länderfinanzausgleich und die Bundesergänzungszuweisungen werden sich danach wie folgt entwickeln:

Jahr	Steuer- einnah- men	LFA	BEZ	Insgesamt	Zuwachs	
					- Mio € -	in Mio € in v.H.
2002 ^{*)}	5.440,3	31,4	168,4	5.640,1		
2003	5.286,7	141,3	291,0	5.719,0	+ 78,9	+ 1,4
2004	5.603,1	120,6	276,3	6.000,0	+ 281,0	+ 4,9
2005	5.783,0	174,0	147,0	6.104,0	+ 104,0	+ 1,7
2006	6.125,0	187,0	154,0	6.466,0	+ 362,0	+ 5,9

*) Haushaltssoll

2. Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst und dergleichen

Dieser Bereich enthält die Verwaltungseinnahmen (insbesondere Gebühren und Geldbußen), die Wirtschaftseinnahmen (insbesondere Lottereeinnahmen, Gewinne und Erlöse aus wirtschaftlicher Tätigkeit, Mieten und Pachten), Veräußerungserlöse - auch im Rahmen des Liegenschaftsmodell - , Gewährleistungseinnahmen und die Zins- und Tilgungseinnahmen aus Darlehen aller Art. Insgesamt ergibt sich bei diesen Einnahmen folgende Entwicklung:

		<u>- Mio € -</u>
Haushalt	2002	507,0
Haushaltsentwurf	2003	549,8
Planung	2004	431,2
Planung	2005	532,2
Planung	2006	473,9

3. Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

Die Zuweisungen und Zuschüsse für nichtinvestive Zwecke, einschl. Einnahmen aus Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen, entwickeln sich im Finanzplanungszeitraum wie folgt:

		<u>- Mio € -</u>
Haushalt	2002	804,2
Haushaltsentwurf	2003	1.079,9
Planung	2004	1.045,1
Planung	2005	943,5
Planung	2006	959,8

4. Einnahmen aus Zuwendungen für Investitionen und Schuldenaufnahmen (ohne Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt)

Hierunter fallen im Wesentlichen

- Zuweisungen des Bundes
 - ° zur Wohnraumförderung
 - ° nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz
 - ° nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (kommunaler Straßenbau und öffentlicher Personennahverkehr)
 - ° im Zusammenhang mit der Bahnreform
- der Anteil der Gemeinden an den Ausgaben der Krankenhausfinanzierung
- Zuweisungen der Europäischen Union zur Förderung strukturschwacher Räume.

Für die Jahre des Planungszeitraums werden folgende Einnahmen erwartet:

		<u>- Mio € -</u>
Haushalt	2002	184,5
Haushaltsentwurf	2003	184,3
Planung	2004	185,0
Planung	2005	187,9
Planung	2006	190,3

5. Schuldenaufnahme am Kreditmarkt

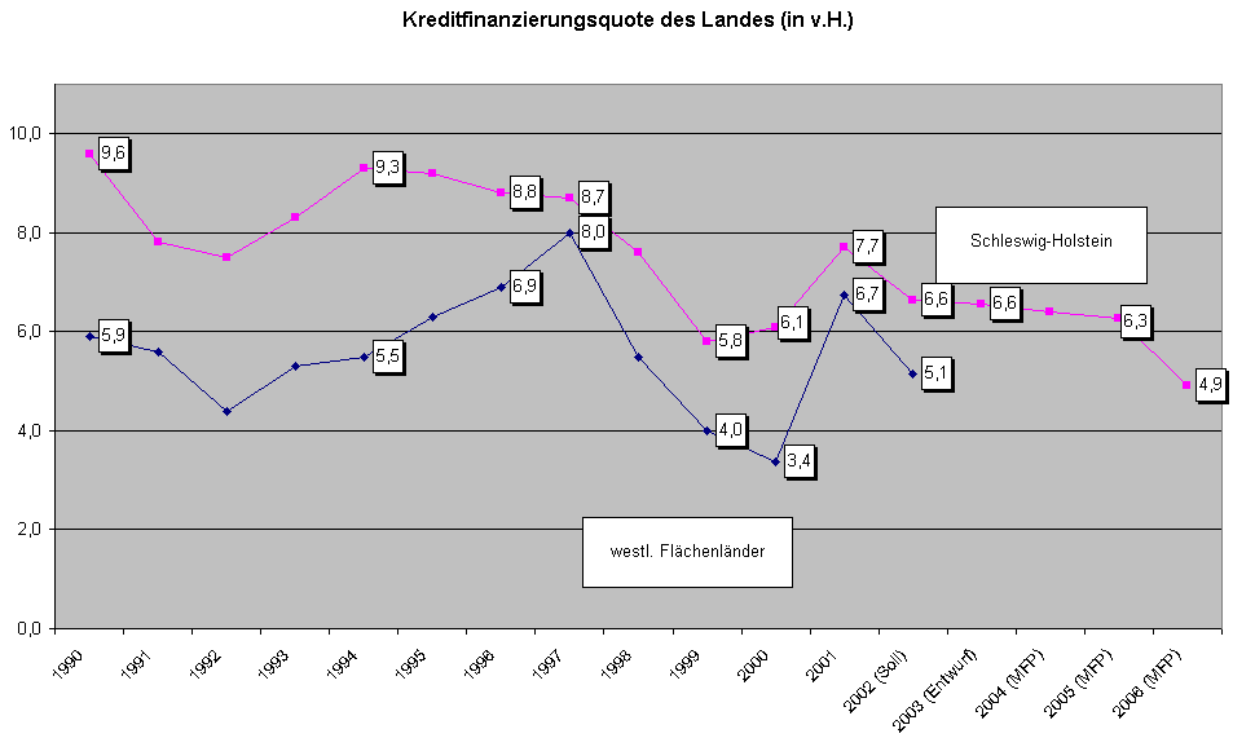
Die Entwicklung des Bruttokreditbedarfs wird maßgeblich bestimmt von der Höhe und Laufzeitstruktur der Altschulden und der Entwicklung der Neuverschuldung. Die gesamten Kreditmarktschulden betragen per 31.12.2001 rd. 16,6 Mrd. Euro. Die Gestaltung der Laufzeitstruktur der Kreditmarktschulden erfolgt mit dem Ziel, die Zinsausgaben des Landes unter Ergebnis-Risiko-Gesichtspunkten zu optimieren. Ergänzend zur Kreditaufnahme setzt das Land seit Beginn der 90er Jahre verstärkt auch Zinsderivate zur weiteren Optimierung der Kreditkonditionen ein. Mit diesen derivativen Instrumenten kann, unabhängig von der Laufzeitstruktur der Kredite, die Zinsbindungsstruktur flexibel gestaltet werden. Per Ende 2001 betrug das Nominalvolumen der abgeschlossenen Zinsderivate rd. 7 Mrd. Euro. Um die gesamten Auswirkungen der Kreditaufnahme und der ergänzenden Zinsderivate erfassen und unter Ergebnis-Risiko-Gesichtspunkten steuern zu können, setzt das Land seit Beginn des laufenden Jahres ein Portfolio-Verfahren ein. Die angestrebten Ergebnisse werden dabei im Vergleich zu einem vorgegebenen Referenzportfolio gesteuert. Die Zinsänderungsrisiken werden mit Hilfe eines Risikoszenarios ermittelt und durch ein vom Parlament festgelegtes Risikolimit begrenzt.

Die Niedrigzinsphase der Jahre 1997 bis Mitte 1999 ist von Seiten des Kreditmanagements zu einer Verlängerung der Kreditlaufzeiten und damit zu einer Verbesserung der Laufzeitstruktur des Schuldenstandes genutzt worden. Nachdem jedoch im Jahre 1999 die Kapitalmarktzinsen um mehr als 1,5 %-Punkte angestiegen sind, wurde ab dem Jahre 2000 die Durchschnittslaufzeit wieder verkürzt. Hierdurch und aufgrund des weiteren Anstiegs der Verschuldung des Landes wird insbesondere ab dem Jahre 2003 das Tilgungsvolumen und damit auch der Bruttokreditbedarf wieder stärker zunehmen. Ein Teil der in den kommenden Jahren fälligen Anschlusskredite ist bereits durch den Abschluss von Zinsderivaten gegen Zinssteigerungen abgesichert worden.

Im einzelnen entwickeln sich die am Kreditmarkt zu finanzierende Bruttokreditaufnahme und die Nettokreditaufnahme wie folgt:

Jahr	Kreditaufnahme		Kreditfinanzierungsquote - in v.H. -
	brutto	netto	
	- in Mio Euro -		
2002	2.161,3	512,6	6,6
2003	3.279,8	512,0	6,6
2004	2.920,1	505,0	6,4
2005	2.998,7	505,0	6,3
2006	3.169,4	405,0	4,9

Bedingt durch die erheblichen Einnahmeausfälle aufgrund der Steuerreform und der schwachen Konjunkturentwicklung kann die Nettokreditaufnahme nicht in dem bisher vorgesehenen Umfang zurückgeführt werden. Durch eine strikte Begrenzung des Ausgabenwachstums bleibt die Kreditfinanzierungsquote, die sich aus der Nettokreditaufnahme in v.H. der Nettoausgaben berechnet, auch im kommenden Jahr 2003 konstant bei 6,6 % und geht dann bis zum Jahre 2006 auf 4,9 % zurück.



IV. Die Ausgabenseite des Finanzplans

1. Personalausgaben

1.1 Berechnung der Personalausgaben

Ab 1998 werden die Personalausgaben des Landes budgetiert. Für 2003 sind die Personalkostenbudgets des Jahres 2002 grundsätzlich überrollt worden. Für lineare Steigerungen sind - mit Ausnahme des Lehrerbereichs - keine Haushaltsmittel veranschlagt.

1.2 Versorgungsrücklage des Landes Schleswig-Holstein

Nach § 14 a Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) sind Bund und Länder verpflichtet, Versorgungsrücklagen zu bilden. Durch eine Verminderung der Besoldungs- und Versorgungsanpassungen (in der Regel 0,2 Prozentpunkte jährlich) soll in den Jahren 1999 bis 2017 zur Stärkung der Finanzierungsgrundlage im Zeitraum der höchsten Belastung durch Versorgungsausgaben im Lande eine Rücklage aufgebaut werden. § 14 a BBesG sieht außerdem vor, den Versorgungsrücklagen bis Ende 2017 zusätzlich 50 v.H. der Verminderung der Versorgungsausgaben durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001 zuzuführen. Die auf den 31.12.2002 folgenden 8 allgemeinen Besoldungserhöhungen werden nicht vermindert. Die auf die vorangegangenen Besoldungsanpassungen beruhenden Zuführungen an die Versorgungsrücklage bleiben unberührt. Die sich insgesamt ergebende Einsparung wird als globaler Versorgungsbeitrag dem Sondervermögen des Landes zugeführt. Am 31.12.2001 betrug das Gesamtvermögen des Sondervermögens Versorgungsrücklage 14,8 Mio. €.

Die Anlage und Bestandsverwaltung der dem Sondervermögen zufließenden Mittel ist der Landeszentralbank in der Freien und Hansestadt Hamburg, in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein übertragen worden. Im Zeitraum 2002 bis 2005 sind als Zuführungen an die Versorgungsrücklage folgende Ansätze ausgewiesen:

		- Mio. € -
Haushalt	2002	12,2
Haushalt	2003	14,5
Planung	2004	17,0
Planung	2005	19,6
Planung	2006	22,5

1.3 Stellenplan 2003

Der Stellenplan 2003 weist insgesamt 55.993 Planstellen und Stellen aus.

Davon entfallen 55.074 Planstellen und Stellen auf die Landesverwaltung und 919 Planstellen auf die Wirtschaftsbetriebe des Landes.

Insgesamt erhöht sich die Gesamtstellenzahl des Landes gegenüber dem Haushalt 2002 (55.849) um 147 Stellen. Dem Stellenzugang von 397 Stellen stehen Einsparungen von 250 Stellen gegenüber.

Neue Stellen sind insbesondere vorgesehen für

- Lehrerinnen und Lehrer (192) –davon 42 Stellen durch Umwandlung von Stundengebermitteln
- Stellen für die Übernahme von Nachwuchskräften (23)
- Nachwuchskräfte im Bereich der Steuerverwaltung (41)
- Nachwuchskräfte im Rahmen des Sicherheitspakets (50)
- Polizei (45) – davon 25 im Rahmen des Sicherheitspakets

Die 250 Stelleneinsparungen entfallen insbesondere auf folgende Bereiche:

- Nachwuchskräfte (7)
- Stellen für die Übernahme von Nachwuchskräften (11)
- Im Rahmen der 58-Regelung (34)
- Im Rahmen des 600-Stellen-Einsparprogramms (63)
- Lehrerinnen und Lehrer (122) – Wirksamwerden von kw-Vermerken sowie klarstellende Veranschlagung bisheriger Vakanzhaltungen

1.4 Stelleneinsparprogramm „600 Stellen“

Im Haushalt 2000 waren rd. 600 kw-Vermerke ausgebracht (ohne kw-Vermerke im Rahmen des 1.600-Stellen-Einsparprogramms, für Personalratsmitglieder, für Schwerbehinderte und für die vorübergehende Unterbringung von Nachwuchskräften), die im Rahmen des „600-Stelleneinsparprogramms“ bis zum Jahr 2005 realisiert werden sollen

Im Haushalt 2003 sind weitere 63 Einsparungen im Rahmen dieses Programms geplant.

1.5 Gesamtentwicklung der Personalausgaben

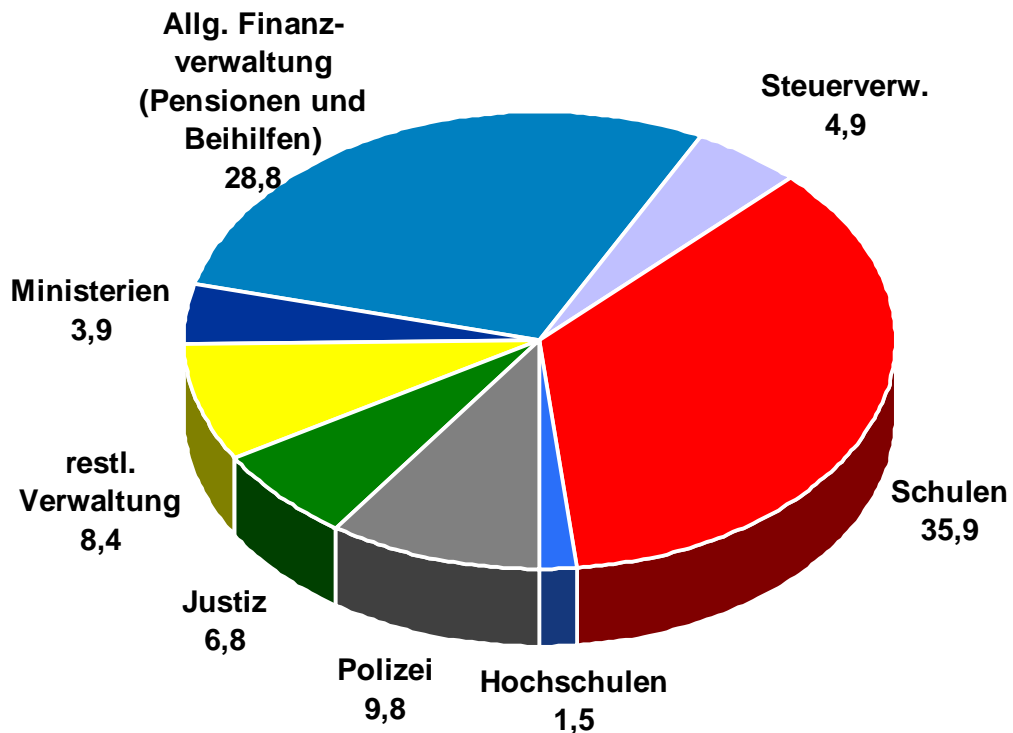
Die Personalausgaben werden sich unter Berücksichtigung von linearen Gehaltsverbesserungen und allgemeinen Personalkostenbudgetabschlägen wie folgt entwickeln:

		Besoldung Vergütung (OGr. 42 und 46)*	Versor- gung (OGr. 43)**	sonstige Personal- ausgaben (OGr. 41, 44 und 45)	Personal- ausgaben (HGr.4)	Zuwachs
		Mio €				in v. H.
Haushalt	2002	2.073,4	681,7	183,6	2.938,7	3,0
Haushaltsentwurf	2003	2.094,3	727,1	194,1	3.015,5	2,6
Planung	2004	2.107,0	772,7	200,4	3.080,1	2,1
Planung	2005	2.114,7	810,5	207,4	3.132,6	1,7
Planung	2006	2.121,2	850,1	212,3	3.183,6	1,6

* ab 2001 ohne Personalausgaben der Hochschulen (§ 21 Hochschulgesetz)

** Anstieg der Versorgungsausgaben 2002 gegenüber 2001: 5,2 v.H.

Aufteilung der Personalkosten in % für 2002 (Soll)



Personalausgaben der Hochschulen im Wesentlichen als Zuschuss veranschlagt

2. Sächliche Verwaltungsausgaben

Die sächlichen Verwaltungsausgaben steigen von 445,5 Mio € (2002) auf 465,2 Mio € (2006). Im Hinblick auf die Übertragung von Grundstücken auf die Investitionsbank sind ab 2000 zusätzliche Ausgaben für Mieten eingeplant. In den Planjahren ergibt sich folgende Entwicklung:

		Mio €	Zuwachs in v.H.
Haushalt	2002	445,5	5,8
Haushaltsentwurf	2003	453,1	1,7
Planung	2004	459,5	1,4
Planung	2005	458,9	-0,1
Planung	2006	465,2	1,4

3. Ausgaben für den Schuldendienst

3.1 Zinsausgaben

Die Entwicklung der Zinsausgaben wird bestimmt durch den Schuldenzuwachs, die Veränderung der Kapitalmarktzinsen und die Bemühungen des Kredit- und Zinsmanagements die Zinsausgaben des Landes unter Ergebnis-Risiko-Gesichtspunkten zu optimieren.

Trotz des weiteren Anstiegs der Verschuldung des Landes konnten die Zinsausgaben in den letzten vier Jahren auf dem erreichten hohen Niveau stabilisiert werden. Im Haushalt 2002 liegen die Zinsausgaben mit rd. 897 Mio Euro annähernd auf dem Stand des Jahres 1998 (898 Mio Euro). Der Mehraufwand aus der Neuverschuldung konnte dabei durch die niedrigeren Zinskosten aus der Anschlussfinanzierung höher verzinslicher Altkredite und durch Optimierungsmaßnahmen des Kredit- und Zinsmanagements kompensiert werden. Trotz des deutlichen Anstiegs der Kapitalmarktzinsen ab Mitte 1999 ist es durch weitere Optimierungsmaßnahmen gelungen, auch im kommenden Haushalt 2003 den Anstieg der Zinsausgaben auf 1,6 % zu begrenzen. In den kommenden Jahren muss jedoch im Zuge einer sich belebenden Konjunktur und damit erfahrungsgemäß auch wieder steigenden Kreditmarktzinsen mit einem stärkeren Anstieg der Zinsausgaben gerechnet werden. Die Entlastungseffekte aus der Umschuldung von Altschulden und aus den Einsparungen im Rahmen des Kredit- und Zinsmanagements reichen dann voraussichtlich nicht mehr aus, um die Mehrbelastungen aus der Neuverschuldung auszugleichen.

Im einzelnen entwickeln sich die Zinsausgaben wie folgt:

Haushaltsjahr		in Mio Euro	Zuwachs in v.H.
Haushalt	2002	896,6	
Haushaltsentwurf	2003	910,6	+ 1,6
Planung	2004	944,0	+ 3,7
Planung	2005	990,6	+ 4,9
Planung	2006	1.022,5	+ 3,2

Die Zins-Ausgaben-Quote (Zinsausgaben in v.H. der Nettoausgaben) steigt nach dem Rückgang in den letzten Jahren im Finanzplanungszeitraum wieder an, bleibt aber gegenüber der bisherigen Finanzplanung nahezu unverändert. Die Zins-Steuer-Quote (Zinsausgaben in v.H. der Steuern einschließlich BEZ und LFA)) kann im Finanzplanungszeitraum annähernd auf dem erreichten Niveau von 16 % stabilisiert werden.

Haushaltsjahr		Zins-Ausgaben-Quote - in v.H. -	Zins-Steuer-Quote - in v.H. -
Haushalt	2002	11,6	15,9
Haushaltsentwurf	2003	11,7	15,9
Planung	2004	12,0	15,7
Planung	2005	12,3	16,2
Planung	2006	12,4	15,8

3.2 Entwicklung des Primärüberschusses

Der Primärsaldo liefert Anhaltspunkte dafür, ob und in welchem Umfang sich der reguläre Haushalt (d.h. der nicht kreditfinanzierte Haushalt) verbessert oder verschlechtert und in welchem Umfang hierzu Veränderungen auf der Einnahmen- oder Ausgabenseite beigetragen haben. Der Primärsaldo ist hingegen kein Indikator dafür, ob und in welchem Umfang Ausgaben auf dem Kreditwege finanziert werden.

in Mio €	Ist	Soll	HHE		MFP	
	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Nettoeinnahmen *	6.893,8	7.130,7	7.290,1	7.374,9	7.557,0	7.859,6
Nettoausgaben	7.738,2	7.713,0	7.809,5	7.887,3	8.062,0	8.264,6
Finanzierungssaldo	-844,4	-582,3	-519,4	-512,4	-505,0	-405,0
Zinsausgaben **	899,9	896,6	910,6	944,0	990,6	1.022,5
bereinigte Nettoausgaben (Nettoausgaben minus Zinsausgaben)	6.838,3	6.816,4	6.898,9	6.943,3	7.071,4	7.242,1
Primärüberschuss (Nettoeinnahmen minus bereinigte Nettoausgaben)	55,5	314,3	391,2	431,6	485,6	617,5
Nettokreditaufnahme	595,1	512,6	512,0	505,0	505,0	405,0

* ohne Liegenschaftsübertragungen (2001: Ist 117,6; 2002: Soll 25,0)

** Ist 2001 an die veränderte Veranschlagung ab 2002 angepasst.

Vor allem durch die Einnahmeausfälle aus den Steuerentlastungen und der schwachen Konjunktorentwicklung hat sich der Primärüberschuss im Jahre 2001 erheblich verringert. In den kommenden Jahren ist dann als Folge der restriktiven Ausgabenpolitik und der konjunkturbedingt wieder zunehmenden Steuereinnahmen mit einer spürbaren Verbesserung zu rechnen.

3.3 Tilgungsausgaben (Kreditmarkt)

Nach dem unterdurchschnittlich geringen Niveau in den letzten beiden Jahren nimmt das Tilgungsvolumen am Kreditmarkt in den kommenden Jahren wieder stärker zu. Zur Begründung wird auf die Ausführungen unter Ziff. III. 5 verwiesen.

Im einzelnen entwickeln sich die Tilgungen wie folgt:

Haushaltsjahr		Tilgungen (Kreditmarkt)
		- in Mio Euro -
Soll	2002	1.648,8
Entwurf	2003	2.767,8
Planung	2004	2.415,1
Planung	2005	2.493,7
Planung	2006	2.764,4

4. Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke (ohne Leistungen in den Länderfinanzausgleich)

Für die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Landes an andere öffentliche Haushalte, an Private und sonstige Empfänger ist folgende Gesamtentwicklung angenommen worden:

		<u>Mio €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2002	2.727,7	0,0
Haushaltsentwurf	2003	2.752,8	0,9
Planung	2004	2.822,3	2,5
Planung	2005	2.906,1	3,0
Planung	2006	2.989,0	2,9

Der weit überwiegende Teil der Zuwendungen für nichtinvestive Zwecke sind laufende Ausgaben an die Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes (Schlüsselzuweisungen, Sozialhilfe, Wohngeld und dgl.).

Im Planungszeitraum ist für die nichtinvestiven Zuwendungen an die Gemeinden folgende Entwicklung vorgesehen:

		<u>Mio €</u>	<u>Zuwachs in v. H.</u>
Haushalt	2002	1.748,7	0,0
Haushaltsentwurf	2003	1.759,0	0,6
Planung	2004	1.822,4	3,6
Planung	2005	1.897,8	4,1
Planung	2006	1.976,9	4,2

Auch bei den übrigen nichtinvestiven Zuwendungen sind die Ausgaben zu einem großen Teil gesetzlich oder faktisch gebunden (z.B. Ausbildungsförderung, Zuweisungen an die Universitätskliniken, Zuschüsse an private Schulen, Finanzierungsanteile für Forschung, Leistungen an die Kirchen und die Landwirtschaftskammer, Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz). Im Haushalt 2001 wurden erstmalig die Zuschüsse an die Haushalte der Hochschulen gem. § 21 Hochschulgesetz auf jeweils einen Zuschusstitel der Hauptgruppe 6 (nichtinvestive Zuwendungen) und der Hauptgruppe 8 (investive Zuwendungen) veranschlagt.

Es sind folgende Beträge eingeplant:

		<u>Mio €</u>	<u>Zuwachs in v.H.</u>
Haushalt	2002	979,0	0,1
Haushaltsentwurf	2003	993,8	1,5
Planung	2004	999,9	0,6
Planung	2005	1.008,4	0,9
Planung	2006	1.012,1	0,4

5. Ausgaben für eigene Investitionen des Landes und Investitionsförderungsmaßnahmen

Der Finanzplan weist ein Investitionsvolumen von 3,6 Mrd. € aus. Im einzelnen ist folgende Entwicklung vorgesehen:

	Haushalt 2002	Haushalts- entwurf 2003	Planung 2004 - Mio € -	Planung 2005	Planung 2006
1) Hochbaumaßnahmen	91,5	101,4	113,4	114,7	98,7
2) Tiefbaumaßnahmen	50,1	42,6	42,3	41,9	44,6
3) Ausrüstungsinvestitionen	53,6	55,7	51,7	45,6	51,5
4) Erwerb von unbeweglichen Sachen und Beteiligungen	2,6	4,2	2,2	2,2	2,2
5) Summe (2 bis 4) = Sachinv. des Landes	106,3	102,6	96,1	89,7	98,3
6) Investitionsförderung					
- der Kommunen	341,7	336,2	335,9	348,2	361,5
- der Wirtschaft	165,8	155,6	156,2	142,7	137,2
- sonstige Investitionsförder- ung	19,2	16,3	16,6	15,4	15,5
7) Summe (1,5,6) = Gesamte Inv. des Landes	724,5	712,1	718,2	710,7	711,2

Ergänzend kommen die Investitionen von Stiftungen (Energiestiftung, Technologiestiftung) hinzu, die weitgehend aus Eigenmitteln finanziert werden, zu denen das Land durch Aufstockung der Stiftungsvermögen beigetragen hat. Erhebliche Investitionsmittel fließen auch aus Sondervermögen, z. B. für den Wohnungsbau. Im Rahmen des Liegenschaftsmodells stellt die Investitionsbank bis 2005 für die insgesamt (250) übertragenen Liegenschaften 50,0 Mio € zum Abbau eines Instandhaltungsstaus zur Verfügung. Die GMSH wird ab 2002 jährlich bis zu 7 Mio € Instandhaltungsausgaben bereitstellen. Auch hierdurch werden die unmittelbaren investiven Ausgaben des Landes indirekt verstärkt. Die Investitionsquote (Anteil der Investitionen an den Nettoausgaben) wird von 9,4 % in 2002 auf 8,6 % in 2006 zurückgehen. Dies ist auch auf die Übertragung der Grundstücke des Landes auf die Investitionsbank und der damit verbundenen Finanzierung von Neubauvorhaben und kleinen Baumaßnahmen im Rahmen der Mietzahlungen zurückzuführen, wird aber außerhalb des Haushalts teilweise wieder kompensiert.

V. Kommunaler Finanzausgleich
=====

und Steuereinnahmen der Kommunen
=====

1. Kommunaler Finanzausgleich

Der kommunale Finanzausgleich ist berechnet auf der Grundlage der veranschlagten Steuereinnahmen (vgl. III. 1).

Die Finanzausgleichsmasse 2003 enthält die Abrechnung für das Jahr 2001 in Höhe von 24,9 Mio € zugunsten des Landes und berücksichtigt darüber hinaus folgende Kürzungen bzw. Zuführungen zur Finanzausgleichsmasse:

- Pauschale Kürzung der Finanzausgleichsmasse	- 38,34 Mio €
- Zuführung aus dem Kommunalen Investitionsfonds	+ 7,67 Mio €
- Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens	+ 5,89 Mio €
- Zuweisungen zur Förderung der Musikschulen	- 0,19 Mio €
- Pauschalierte Mietkosten der Frauenhäuser (Landesanteil)	+ 0,20 Mio €
Summe	- 24,77 Mio €

Danach stellt das Land den Gemeinden und Gemeindeverbänden in den Jahren 2002 bis 2006 folgende Beträge zur Verfügung:

	- Mio € -		- Mio € -	Steigerung in	- v.H. -
2002	1.056,9	./.	5,4	./.	0,5
2003	1.033,5	./.	23,4	./.	2,2
2004	1.081,9	+	48,4	+	4,7
2005	1.160,7	+	78,8	+	7,3
2006	1.231,4	+	70,7	+	6,1

Daneben werden die Gemeinden entsprechend ihrem Anteil am Aufkommen der Einkommensteuer mit 26 v.H. an den zusätzlichen Umsatzsteuereinnahmen beteiligt, die das Land im Zusammenhang mit der 1996 erfolgten Neuregelung des Familienleistungsausgleichs (6,40 Umsatzsteuerpunkte) erhält, und zwar

2002 (einschl. Abrechnung 2000)	79,1 Mio €
2003 (einschl. Abrechnung 2001)	74,4 Mio €
2004	77,0 Mio €
2005	79,3 Mio €
2006	82,0 Mio €

Die Finanzausgleichsmasse und ihre Entwicklung im Planungszeitraum ist in der **Anlage 6** dargestellt.

2. Steuereinnahmen der Kommunen

Auf der Grundlage des regionalisierten Ergebnisses der Steuerschätzung vom Mai 2002 können die Gemeinden und Kreise in den kommenden Jahren mit folgenden Steuereinnahmen rechnen (ohne kommunale Bagatellsteuern):

	2002	2003	2004	2005	2006
	- Mio € -				
Grundsteuer A	18	18	18	18	18
Grundsteuer B	281	288	295	302	309
Gewerbsteuer	665	697	723	749	787
Gemeindeanteil an der LSt und ESt	739	761	822	820	908
Gemeindeanteil am Zinsabschlag	31	31	32	33	34
Gemeindeanteil an der Ust	74	76	78	81	84
Gewerbsteuerumlage (100 %)	- 128	- 157	- 171	- 177	- 172
Erhöhte Gewerbesteuerumlage	- 70	- 72	- 73	- 80	- 84
Zwischensumme	1.610	1.642	1.724	1.746	1.884
Familienleistungsausgleich	79	74	77	79	82
Summe	1.689	1.716	1.801	1.825	1.966
Zuwachs					
- in Mio €		+ 27	+ 85	+ 24	+ 141
- in v.H.		+ 1,6	+ 5,0	+ 1,3	+ 7,7

VI. Schwerpunkte überwiegend wachstums- und beschäftigungsfördernder Maßnahmen

1. „ziel: Zukunft im eigenen Lande“

Das Programm „ziel“ steht auf drei Säulen:

1.1 „Regionalprogramm 2000“

Unter dem Dach des Regionalprogramm 2000 werden die Fördermittel der EU (EFRE/Ziel-2), der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und ergänzende Landesmittel gebündelt. Ziel des *Regionalprogramm 2000* ist die Unterstützung des Strukturwandels durch die Stimulierung von Innovation, Wachstum und Beschäftigung in den strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins. Dieses Ziel soll erreicht werden vor allem durch den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur, durch Maßnahmen zur Stärkung des technologischen Potentials und der Innovationskraft der Unternehmen, durch Maßnahmen zur Unterstützung von Existenzgründungen und durch die Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen.

In den Auswahl- und Fördergrundsätzen (AFG-RP 2000) wurden 12 Maßnahmenbereiche festgelegt. Diese korrespondieren mit dem EPPD für die EFRE/Ziel-2-Förderung in SH. Im Kern handelt es sich dabei um die GA-Förderbereiche, ergänzt um Fördermöglichkeiten auch für „weiche“ (z.B. kulturelle) Infrastrukturprojekte, soweit mit ihnen wesentliche wirtschaftliche Effekte erzielt werden können.

Die Auswahl der Förderprojekte erfolgt nach dem Prinzip der regionalen Partizipation über Regionalbeiräte, in denen alle relevanten Akteure vertreten sind, sowie im Rahmen eines landesweiten Qualitätswettbewerbs. Die Auswahlentscheidungen über die zu fördernden Projekte treffen die IMAG „Regionalprogramm“ und die ziel-Steuerungsgruppe auf Staatssekretärebene.

Für die Förderung dieser Projekte ist Voraussetzung, dass sie qualitative - und möglichst auch quantitativ messbare - Beiträge zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur entsprechend den regionalen Entwicklungszielen leisten, indirekte und/oder direkte positive Beschäftigungseffekte in der Region erzielen und somit einen Beitrag zur Zielerreichung leisten.

Das Fördergebiet entspricht der Gebietskulisse der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und umfasst die Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland, Dithmarschen, Rendsburg-Eckernförde, Plön und Ostholstein, die Städte Flensburg, Kiel, Neumünster und Lübeck sowie die Insel Helgoland (Kreis Pinneberg) und die Gemeinde Büttel (Kreis Steinburg), verteilt auf die Förderregionen Flensburg/Schleswig, Westküste, K.E.R.N.-Region und Lübeck/Ostholstein.

In den Jahren 2002-2006 werden vorrangig zur Kofinanzierung der EU-Strukturfondsmittel des EFRE nach dem Ziel 2 und der Phasing-Out-Förderung für das ehemalige Ziel 5 b-Fördergebiet insgesamt 30,0 Mio € an Landesmitteln bereitgestellt, und zwar

	<u>Mio €</u>
2002	4,1
2003	4,5
2004	5,0
2005	6,2
2006	10,2

Von der EU werden im Berichtszeitraum Einnahmen in Höhe von 188,6 Mio € erwartet.

1.2 „Programm Zukunft auf dem Land“

„Zukunft auf dem Land - ZAL“ ist das schleswig-holsteinische Programm im Rahmen der zweiten Säule der europäischen Agrarpolitik. Es zielt darauf ab, die endogenen Entwicklungspotenziale der ländlichen Räume zu fördern und zu entwickeln.

Die Schwerpunktbereiche des von der EU-Kommission genehmigten Programms sind:

- Unterstützung der selbstbestimmten Entwicklung ländlicher Räume (z.B. im Rahmen Ländlicher Struktur- und Entwicklungsanalysen - LSE),
- Innovative, möglichst privatwirtschaftlich orientierte Projekte zur Sicherung und Verbesserung der Grundversorgung und des Dienstleistungsangebotes, Nutzung neuer informationstechnischer Möglichkeiten im ländlichen Raum.
- Schaffung neuer Arbeitsplätze im ländlichen Raum, insbesondere für Frauen.
- Diversifizierung landwirtschaftlicher Betriebe in landwirtschaftsnahe und außerlandwirtschaftliche Geschäftsfelder,
- Sicherung einer nachhaltigen und standortgerechten Landbewirtschaftung, Förderung des ökologischen Landbaus,

- Förderung von Investitionen in der Land- und Ernährungswirtschaft,
- Sicherung des Naturhaushaltes und Erhaltung einer vielfältigen Landschaft.

1.3 „ASH 2000“

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat höchste Priorität für die Landesregierung. Deshalb wird die aktive Arbeitsmarktpolitik fortgesetzt.

Durch das Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ (ASH I) (Laufzeit 1. April 1989 bis 31. Dezember 1991) sind mit rd. 222 Mio DM einschließlich der Mittel aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) 31.400 Förderfälle erreicht worden. Das Programm ASH II schloss sich nahtlos an und lief bis zum 31. Dezember 1994. Mit diesem Programm wurden 24.500 Förderfälle mit einem Gesamtvolumen von 127 Mio DM einschließlich ESF und Mittel aus der Ausgleichsabgabe für das Schwerbehindertenprogramm erreicht. Das Programm ASH III schloss sich wiederum an ASH II nahtlos ab 1. Januar 1995 an und lief wegen der längeren Planungszeiträume bei der Europäischen Union bis zum 31. Dezember 1999 mit zwei sich anschließenden Auslaufjahren. Am Ende werden mit voraussichtlich 307 Mio DM Landes-, Ausgleichsabgabe- und ESF-Mitteln rd. 50.400 Förderfälle erreicht werden.

Seit dem 1. Januar 2000 hat sich EU-konform bis zum 31. Dezember 2006 im Rahmen des Programmes „Zukunftsinitiative Ziel“ als eine der drei Säulen „ASH 2000“ angeschlossen.

An Landesmitteln sind für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen im mittelfristigen Zeitraum veranschlagt:

		<u>Mio €</u>
Haushalt	2002	14,1
Haushaltsentwurf	2003	15,8
Planung	2004	17,3
Planung	2005	16,2
Planung	2006	16,1

Diese Mittel sollen durch Mittel der Ausgleichsabgabe von jährlich rd. 2 Mio € für das Schwerbehindertenprogramm und durch Mittel des Europäischen Sozialfonds ergänzt werden, so dass sich die Haushaltsmittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit noch erhöhen. Die Anteile des ESF haben sich gegenüber früheren Jahren erheblich erhöht, weil das Land alle nur denkbaren Möglichkeiten der Kofinanzierung des Arbeitsmarktpro-

gramms der Landesregierung durch den ESF gesichert hat. Zu den Landesmitteln kommen durchschnittlich jährlich rd. 21,5 Mio € ESF-Mittel hinzu. Wegen der neu in der EU geltenden Beschäftigungspolitik müssen die Förderkonditionen noch mehr als bisher auf die Voraussetzungen der Förderung durch die Europäische Union abgestellt werden. Im Ansatz für das Jahr 2002 sind auch Mittel für das Arbeitsmarktprogramm ASH III enthalten, das bis 1999 lief (Ausfinanzierung).

2. Förderung der Bildung

Schulbereich

Die Landesregierung hat beschlossen, im Zeitraum 2000 bis 2005 insgesamt 1.200 neue Lehrerstellen zur Qualitätssicherung für die Schulen zu schaffen. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung werden im Jahr 2003 zusätzliche Ressourcen im Umfang von 200 Stellen geschaffen. Dazu werden 150 Stellen bereitgestellt und zusätzlicher Unterricht aus strukturellen Veränderungen im Schulbereich erwirtschaftet, was einer Unterrichtsversorgung von weiteren 50 Stellen entspricht.

38 Abordnungsstellen im Gegenwert von rd. 1,7 Mio € aus dem Schul- in den Hochschulbereich bzw. das Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften (IPN) werden aus Gründen der Klarheit nunmehr dort veranschlagt.

Das Lehrpersonalneubudget entwickelt sich wie folgt:

Ausgabevolumen Haushaltsentwurf 2003: 1.062.225,0 T€

MFP 2004: 1.075.070 T€

MFP 2005: 1.083.093 T€

MFP 2006: 1.089.172 T€

Bei der Förderung der Privatschulen werden die Zuschüsse je Schülerin und Schüler für die Jahre 2002 und 2003 auf die Schülerkostensätze für das Jahr 2001 festgeschrieben zuzüglich 2,2 v.H. des für beamtete Lehrkräfte erhöhten Personalkostenanteils. Der so errechnete erhöhte Zuschuss gegenüber der bisherigen Regelung wird jeweils zur Hälfte in 2002 und 2003 gezahlt. Ein Gastschulabkommen mit der Freien und Hansestadt Hamburg für einen Zeitraum nach 2002 ist noch nicht entscheidungsreif verhandelt.

Hochschulen

Die angestrebten Zielvereinbarungen für die Jahre 2002 bis 2005 wurden mit den Hochschulen noch nicht abgeschlossen. Das Gesamtbudget aller Hochschulen einschließlich

der allgemeinen Bewilligungen für die Hochschulen in Kapitel 0720 entwickelte sich wie folgt:

Zuschuss Haushaltsentwurf 2003:	243.542,4 T€
Zuschuss in MFP 2004:	245.690,0 T€
Zuschuss in MFP 2005:	247.630,0 T€
Zuschuss in MFP 2006:	247.630,0 T€

3. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (Kap. 0603)

Es sind vorgesehen:

- verstärkte Förderung für den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur im Rahmen des "Regionalprogramm 2000"
- Förderung der gewerblichen Wirtschaft bei Errichtung, Erweiterung, Umstellung oder grundlegender Rationalisierung von Gewerbebetrieben mit dem Schwerpunkt der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ab 2002 sind folgende Beträge vorgesehen (Bundes- und Landesmittel jeweils 50 v.H.):

2002	=	28,79 Mio €
2003	=	28,79 Mio €
2004	=	28,79 Mio €
2005	=	28,79 Mio €
2006	=	28,79 Mio €.

Eine Verstärkung/Vernetzung mit dem EU-Strukturfonds "EFRE Ziel 2" ist vorgesehen.

4. Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (Kap. 0803)

Der Rahmenplan 2002 für die Gemeinschaftsaufgabe weist Ausgaben in Höhe von 50,8 Mio € aus. Für die Jahre 2003 – 2006 sind folgende Mittel vorgesehen:

2003	=	50,7 Mio €
2004	=	51,2 Mio €
2005	=	50,9 Mio €
2006	=	50,9 Mio €

4.1 Verbesserung der Agrarstruktur

Für diesen Teil der Gemeinschaftsaufgabe beträgt das Programmvolumen im Planungszeitraum 130,1 Mio €..

4.2 Verbesserung des Küstenschutzes

Für den finanziellen Schwerpunkt Küstenschutzmaßnahmen sind im Planungszeitraum 124,4 Mio € für die Durchführung der Programme vorgesehen. Von dem Gesamtbetrag entfallen rd. 60 v.H. auf investive Maßnahmen im unmittelbaren Deichbereich. Die übrigen Mittel werden zur Sicherung des Vorlandes vor den Deichen eingesetzt, die als Ergänzung zu den Deichbaumaßnahmen unbedingt notwendig sind.

5. Errichtung eines Landesdatennetzes Schleswig-Holstein

In den Haushaltsjahren 2002 bis 2006 werden für den Aufbau, den Betrieb und die Administration eines integrierten Sprach- und Datennetzes des Landes Schleswig-Holstein rd. 47,2 Mio € bereitgestellt. Darüber hinaus werden in den Jahren 2002 bis 2006 für die Telefonanlagen, deren Betrieb und die Telefongebühren weitere 85,1 Mio € veranschlagt.

Das Landesdatennetz bildet die Grundlage für eine universelle Kommunikationsinfrastruktur und schafft die Voraussetzungen zur flächendeckenden Einführung einer einheitlichen Informationstechnologie. Ziel ist es, alle Landesbehörden an diese flächendeckende multimediataugliche Vernetzung anzuschließen.

In das integrierte Sprach- und Datennetz werden auch die Telefonanlagen der Dienststellen des Landes eingebunden. Auf der Grundlage von Verträgen zwischen dem Land und der Deutschen Telekom AG hat das Land seine großen und mittleren Telefonanlagen an die Telekom zum Restwert verkauft. Im Haushaltsjahr 2001 wurden die Anlagen erneuert bzw. auf den neuesten technischen Stand aufgerüstet. Hierfür und für den Betrieb der Anlagen wird eine Miete gezahlt.

Die anfallenden Telefongesprächsgebühren werden über einen speziellen Vertrag abgerechnet.

6. Einzelne wirtschaftspolitische Maßnahmen (außerhalb der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur")

Die gewerbliche Wirtschaft Schleswig-Holsteins ist in überdurchschnittlichem Maße mittelständisch strukturiert. Die angespannte Haushaltslage sowie der wachsende Standortwettbewerb unter den Wirtschaftsregionen Europas erfordern eine Steigerung der Effizienz der Wirtschaftsförderung und den Abbau von Subventionen. Dieses Ziel soll schwerpunktmäßig durch eine Rückführung der direkten einzelbetrieblichen Förderung zugunsten eines Ausbaus der wirtschaftsnahen Infrastrukturförderung erreicht werden. Dabei kommt der Technologie-Infrastruktur eine verstärkte Bedeutung zu.

6.1 Wettbewerbshilfen für schleswig-holsteinische Werften

Zum Ausgleich der durch die Subventionspraxis anderer Staaten hervorgerufenen Wettbewerbsverzerrungen wurden deutschen Werften bis Ende 2000 für den Bau technologisch hochwertiger Schiffe im Rahmen von Bund-/Länderprogrammen Wettbewerbshilfen gewährt. Insgesamt sind für den Planungszeitraum Landesmittel in Höhe von 63,5 Mio € vorgesehen, die zur Abwicklung der bis zum 31.12.2000 eingegangenen bzw. in 2003 neu bereitgestellten Verpflichtungen dienen.

6.2 Berufliche Aufstiegsfortbildung

Das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt Fachkräften, die sich nach einer abgeschlossenen beruflichen Erstausbildung auf eine herausgehobene Berufstätigkeit vorbereiten, einen gesetzlich verankerten Rechtsanspruch auf staatliche Unterstützung.

Durch Änderung des Gesetzes wurde dieser Anspruch ab dem Jahr 2002 erheblich ausgeweitet.

Für Schuldendiensthilfen und Zuwendungen sind insgesamt 22,9 Mio € eingeplant. Davon werden vom Bund 17,0 Mio € erstattet.

6.3 Aus- und Weiterbildung

Die Ausbildung des Nachwuchses und die Weiterbildung der Beschäftigten sind wichtige Standortvorteile. Schwerpunktmäßig sind Mittel für die Förderung der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung, die träger- und einrichtungsübergreifenden Weiterbildungsaufgaben (Weiterbildungsinfrastruktur), die Förderung der Ausbildungsbereitschaft im dualen

System und benachteiligter Jugendlicher sowie für die Investitionsförderung von Berufsbildungsstätten vorgesehen.

Im Berichtszeitraum sind insgesamt 16,2 Mio € eingeplant.

Die Förderung erfolgt seit dem Jahr 2000 teilweise im Rahmen des Programms "ASH 2000".

6.4 Durchführung einer Standortmarketing- und Imagekampagne

Durch ein umfassendes Marketingpaket sollen Unternehmen, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, für den Standort Schleswig-Holstein interessiert werden sowie Imagelücken hinsichtlich der Wahrnehmung des Standortes geschlossen werden.

Im Berichtszeitraum sind insgesamt 2,0 Mio € eingeplant.

6.5 Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH

Gesellschafter der Wirtschaftsförderung Schleswig-Holstein GmbH (WSH) sind zu 51 % das Land Schleswig-Holstein und zu 49 % die drei Industrie- und Handelskammern in Flensburg, Kiel und Lübeck. Aufgrund des besonders großen Landesinteresses wird die WSH finanziell zu 95 % vom Land Schleswig-Holstein getragen. Zum Aufgabengebiet gehören neben der Akquisition von Unternehmensansiedlungen insbesondere auch die Organisation und Durchführung von Firmengemeinschaftsständen auf internationalen Messen und Ausstellungen, die Durchführung von Außenwirtschaftsveranstaltungen sowie die Betreuung von ausländischen Wirtschaftsdelegationen. Für den Planungszeitraum sind Landesmittel in Höhe von 9,2 Mio € vorgesehen.

6.6 Außenwirtschaftsförderung

Für die Jahre 2002 bis 2006 sind für Zuschüsse zur Erschließung von Auslandsmärkten insgesamt rd. 1,9 Mio € eingeplant.

6.7 Verbesserung der Innovationskraft der Wirtschaft

Die Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit erfordert einen ständigen Innovationsprozess in der schleswig-holsteinischen Wirtschaft. Dazu bedarf es insbesondere einer stärker auf die Bedürfnisse der kleinen und mittleren Unternehmen ausgerichteten Arbeit der Forschungseinrichtungen und einer beschleunigten Umsetzung von Forschungs- und Entwicklungsergebnissen in marktfähige Produkte, Verfahren und Dienstleistungen.

Weiterhin zwingt der zunehmende weltweite Wettbewerbsdruck die Unternehmen dazu, ständig neues wissenschaftlich-technisches Wissen zu gewinnen und in immer kürzerer Zeit in innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen umzusetzen. Das ist jedoch mit erheblichen technischen und damit auch finanziellen Risiken verbunden. Viele kleine und mittlere Unternehmen können diese kostenintensive Forschung und Entwicklung gar nicht oder nur zeitverzögert finanzieren. Daher ist in Einzelfällen die Gewährung öffentlicher Zuschüsse geboten.

Für die Förderung von Forschung, Entwicklung, Innovation und Technologietransfer stehen im Planungszeitraum insgesamt 31,9 Mio € zur Verfügung.

6.8 Informationswirtschaft und Multimedia

Die Anwendung multimedialer Techniken ist insbesondere bei den KMU noch nicht hinreichend eingeführt und verbreitet. Ein Ziel der Förderung ist es daher, den Nutzen der neuen Medien pilothaft zu demonstrieren, ihre breitere Anwendung zu unterstützen und die Wettbewerbsfähigkeit der KMU zu verbessern, z. B. durch die Förderung virtueller Unternehmen.

Die Förderung erfolgt in erster Linie auf der Grundlage der „Leitlinien für die innovativen Maßnahmen des EFRE im Zeitraum 2000 bis 2006“.

Eingeplant sind für 2002 bis 2006 insgesamt 3,8 Mio €.

6.9 Existenzgründungsprogramme

Die Bewältigung der wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen und der Anpassungsdruck aus einem wirtschaftlich-technischen Strukturwandel, der globalen Einflüssen unterliegt, hat weitreichende negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Zahl der Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein. Vor diesem Hintergrund ist gerade das Nachwachsen junger Unternehmen, also die Gründung neuer selbständiger Existenzen, eine wichtige Voraussetzung für die Modernisierung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft.

Um den besonderen Anforderungen von Existenzgründerinnen und Existenzgründern gerecht zu werden, sind im Planungszeitraum zur Abfederung von Ausfallrisiken aus Darlehenszusagen der Investitionsbank Schleswig-Holstein und für Verwaltungskosten Mittel von rd. 2,0 Mio € eingeplant. Für 2003 kann die Investitionsbank damit ein Darlehensvolumen von bis zu 2,5 Mio € auslegen.

Das Programm wird mit bestehenden Bundesprogrammen und Programmen der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie der Deutschen Ausgleichsbank verzahnt.

7. Verkehrsbereich

7.1 Landesstraßen- und -radwegebau

Für den Landesstraßenbau (einschließlich Deckenerneuerung) sind in den Jahren 2002 bis 2006 insgesamt rd. 97,5 Mio € veranschlagt bzw. eingeplant, und zwar

rd. 38,8 Mio €	für die Deckenerneuerung,
rd. 57,8 Mio €	für den Um- und Ausbau einschließlich Grunderwerb.

Die Mittel für Planung und Bauvorbereitung dienen u.a. zur Bindung von Bundesmitteln und sind in Höhe von 67,2 Mio € eingeplant.

Im Rahmen der gemeinsamen Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen sind für kleinere Investitionsmaßnahmen sowie für den Erwerb von Dienstfahrzeugen, Maschinen und Geräten für den Finanzplanungszeitraum insgesamt rd. 17,5 Mio € und beim Direktaufwand für Landes- und Kreisstraßen rd. 25,9 Mio € vorgesehen.

7.2 Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) für ÖPNV und kommunalen Straßenbau

Für Investitionen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen aus dem Mineralölsteueraufkommen. Grundlage ist das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - GVFG -.

Für den Planungszeitraum sind rd. 217 Mio € vorgesehen.

7.3 Öffentlicher Personennahverkehr

Nach Art. 106a Grundgesetz i.V.m. § 5 Regionalisierungsgesetz steht den Ländern ab 1. Januar 1996 ein Betrag für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) aus dem Mineralölsteueraufkommen des Bundes zu.

Entsprechende Bundeszuweisungen sind in Höhe von 1.064,0 Mio € eingeplant.

Die Einnahmen werden in erster Linie für den Schienenpersonennahverkehr benötigt. Die übrige Verwendung der Regionalisierungsmittel wird durch § 6 des ÖPNV-Gesetzes bestimmt. U.a. erhalten die kommunalen Aufgabenträger jeweils eine jährliche Pauschale in Höhe von rd. 77 T€. Ein Teil wird für länderverbindende Verkehrsleistungen im Hamburger Verkehrsraum eingesetzt sowie für Nahverkehrsleistungen der Eisenbahn - AG AKN

und der Verkehrsgesellschaft Norderstedt, im übrigen für Förderungen von ÖPNV-Investitionen, vorrangig von solchen Maßnahmen, die GVFG-förderfähig sind. Daneben werden aus diesen Einnahmen auch Zuschüsse zur Verbesserung des ÖPNV in Verbindung mit Schnittstellen des SPNV gewährt, insbesondere für

- die Kooperation von Verkehrsunternehmen zur Verbesserung des ÖPNV durch Verkehrs- und Tarifgemeinschaften, auch im Umland von Großstädten,
- die Einrichtung neuer sowie die Erweiterung oder Verdichtung bestehender Linien,
- Modellvorhaben zur Erprobung alternativer Bedienungskonzepte.

7.4 Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen

Das Land ist verpflichtet, bei Änderungen an Kreuzungen und Schienenwegen, die nicht Eisenbahnen des Bundes sind, ein Kostendrittel zu übernehmen. Für den Planungszeitraum ist für den Güterverkehrsbereich ein Betrag von 0,7 Mio € vorgesehen. Mittel für den SPNV-Bereich werden im Rahmen der Regionalisierung zur Verfügung gestellt.

7.5 Landeseigene Häfen

Für Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen sowie für den Erwerb von Fahrzeugen und Geräten sind für den Planungszeitraum rd. 16,6 Mio € vorgesehen. Davon entfallen auf Instandsetzungsarbeiten am Sperrwerk Husum 1,2 Mio €, auf die Sanierung der Spundwände und der Oberflächenentwässerung im Hafen Tönning 0,2 Mio €, auf die Grundinstandsetzungen der Ufermauern und Kaianlagen im Außenhafen Glückstadt 4,6 Mio € sowie für Instandsetzungsmaßnahmen im Binnenhafen Glückstadt 2,6 Mio €.

8. Innere Sicherheit und Justiz

8.1 Polizei

Für die innere Sicherheit werden von 2002 bis 2006 für Personal, sächliche Verwaltungsausgaben und Investitionen (ohne Baumaßnahmen) im Bereich der Polizei rd. 1,8 Mrd. € ausgegeben werden. Hiervon entfallen auf Personalausgaben rd. 1,4 Mrd. €. Für Ersatzbeschaffung und Ergänzung der Ausrüstung sind im Planungszeitraum rd. 45,1 Mio € vorgesehen. Für die Beschaffung neuer Polizeidienstfahrzeuge (Leasing und Kauf) sind Ausgaben in Höhe von zusammen rd. 19,8 Mio € vorgesehen. 198 Nachwuchskräfte sollen 2003 in den Polizeidienst eingestellt werden. Ein wesentlicher Schwerpunkt ist auch weiterhin die Modernisierung der Polizei mit der landesweiten Einführung der IT-Projekte

„Landessystemkonzept“ (unter anderem Nachfolge des bisherigen computergestützten polizeilichen Arbeitsplatzsystems „COMPAS“) und „INPOL-neu“.

8.2 Justiz

Die Modernisierung der Justiz wird fortgesetzt. Die Arbeitsabläufe der schleswig-holsteinischen Justiz werden durch IT-Technik rationeller gestaltet:

- MEGA

Mit Abschluss des Jahres 2002 sind die Bereiche "Flächendeckende Reorganisation" und "IT-Vollausstattung" in allen Amtsgerichten des Landes (Amtsgericht Geesthacht in der 2. Jahreshälfte 2002) eingeführt worden. In den Haushaltsjahren 2002 - 2006 werden überwiegend Haushaltsmittel für Ersatzbeschaffungsmaßnahmen veranschlagt. Im Jahr 2003 sind darüber hinaus Beträge zur Fortschreibung der Software- und Systemumgebung berücksichtigt. Im Jahr 2003 sind für Investitionen und laufende Sachausgaben insgesamt rd. 2,5 Mio € veranschlagt. Im Finanzplanungszeitraum sind insgesamt rd. 10,6 Mio € eingeplant.

- MESTA

Nach den Erstinvestitionen sind in den Jahren 2002 und 2003 Ersatzbeschaffungsmaßnahmen für alle Staatsanwaltschaften geplant. Die Investitionskosten sowie die laufenden Sachausgaben ergeben ein Volumen in Höhe von rd. 2,7 Mio € im Jahr 2003. Im Finanzplanungszeitraum stehen insgesamt rd. 4,1 Mio € zur Verfügung.

- Grundbuchautomation

In den Grundbuchämtern des Landes soll ein elektronisches Grundbuch eingeführt werden. Es ist vorgesehen, die Grundbuchautomation in den Jahren 2001 bis 2006 vorzunehmen. In 2003 sind für die Grundbuchautomation rd. 1,8 Mio € vorgesehen. Innerhalb des Planungszeitraumes sind investive und laufende Ausgaben in Höhe von insgesamt rd. 8,5 Mio € für die Grundbuchautomation geplant.

- Automation Mahnverfahren

Im Jahr 2002 ist die Einführung einer IT-Teilautomationslösung zur Durchführung eines automatisierten Mahnverfahrens geplant. Investitionen und laufende Sachausgaben sind in 2003 mit rd. 0,3 Mio € und im Finanzplanungszeitraum mit einem Gesamtvolumen von rd. 2,1 Mio € veranschlagt.

- Registerautomation

Die Registerabteilungen der Amtsgerichte in Schleswig-Holstein sollen durch die Einführung eines elektronischen Registers (Schwerpunkt Handelsregister) unterstützt werden. Im Jahr 2003 sind 0,5 Mio € für die Pilotierung beim Amtsgericht Kiel sowie in einem Rechenzentrum für die landesweite Archiv- und Internetauskunftslösung vorge-

sehen. Verbunden mit der IT-Lösung ist eine Umsetzung der seit 1.1.2002 geforderten Konzentration der Registergerichte auf eine wirtschaftlich, fachlich und unter Berücksichtigung von Bürger- und Unternehmensinteressen sinnvolle Anzahl. Auf der Basis ist für die Jahre 2004 und 2005 die landesweite Umsetzung der Registerautomation vorgesehen. Für die Umsetzung und den anschließenden Betrieb sind von 2002 – 2006 insgesamt rd. 3,0 Mio € vorgesehen.

- Modernisierung des Justizvollzuges durch Erweiterung des Landesbetriebes "Vollzugliches Arbeitswesen"

Im Rahmen der Bemühungen zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung und zur Erhaltung und Weiterentwicklung des Gesamtwertes des vollzuglichen Arbeitswesens im Resozialisierungsprozess ist seit dem Jahr 2000 die Arbeitsverwaltung der Justizvollzugsanstalt Kiel in der Rechtsform eines Landesbetriebes nach § 26 LHO organisiert. Im Jahr 2001 wurde dieser Landesbetrieb auf die Arbeitsverwaltungen der Justizvollzugsanstalten Neumünster und Lübeck ausgedehnt.

Durch die Herausnahme aus der kameralistischen Haushaltsführung und der Organisation der Arbeitsbetriebe nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten sollen die Beschäftigung der Gefangenen in den Justizvollzugsanstalten erhöht, die Betriebskosten gesenkt und die Einnahmen aus den Arbeitsbetrieben gesteigert werden.

Gemäß § 26 LHO wird jährlich ein Wirtschaftsplan aufgestellt und dem Haushaltsplan als Anlage beigelegt. Im Haushaltsplan ist der Landesbetrieb nur noch netto mit seinen Zuführungen und Ablieferungen veranschlagt. Im Planungszeitraum ist bereits aufgrund der erwarteten verbesserten Wirtschaftlichkeit eine Verbesserung des Zuschussbedarfes vorgesehen.

9. Agrarhaushalt

- Zur Stärkung der landwirtschaftlichen und gärtnerischen Beratungsringe sollen insgesamt 3,7 Mio € bereitgestellt werden, um damit indirekt die wirtschaftliche Situation der von den Ringen betreuten Betriebe zu verbessern.
- Für die Förderung der Seefischerei und ihrer Vermarktungseinrichtungen, der Binnenfischerei, der Aquakultur sowie der Umstrukturierung des Fischereisektors sind im Planungszeitraum 5,8 Mio € vorgesehen.

Darüber hinaus werden Zuwendungen der EU für Strukturmaßnahmen im Bereich der Fischerei und Aquakultur in Höhe von insgesamt 17,5 Mio € erwartet.

- Zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der schleswig-holsteinischen Fremdenverkehrswirtschaft vor allem durch Werbemaßnahmen Dritter sind insgesamt 13,9 Mio € eingeplant.

10. Umwelt, Natur und Forsten

Die für die Einleitung von Abwasser in ein Gewässer erhobenen Abgaben sind zweckgebunden zur Erhaltung und Verbesserung der Gewässergüte zu verwenden. Im Planungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 78,5 Mio € erwartet. Für die Abwasserbeseitigung werden darüber hinaus Mittel im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ bereitgestellt.

Für Erhaltung und Ergänzung des staatlichen Waldbesitzes stehen insgesamt rd. 8,2 Mio € zur Verfügung.

Für Ausgaben im Zusammenhang mit forstwirtschaftlichen Fördermaßnahmen sind rd. 16,1 Mio € vorgesehen. Hinzu kommen weitere Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“.

Im Finanzplanungszeitraum werden Einnahmen in Höhe von 62,9 Mio € aus der Grundwasserentnahmeabgabe erwartet, die für Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes, der Grundwasserbewirtschaftung und der Wasserversorgung zweckgebunden einzusetzen sind.

Ab 2001 wird eine Abgabe für die Entnahme von Oberflächenwasser aus Binnengewässern erhoben.

Für den Finanzplanungszeitraum bis einschl. 2006 wird mit einem Aufkommen von 202,0 Mio € gerechnet, das zu 50 % für Maßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der oberirdischen Gewässer, der aquatischen Ökosysteme und der von ihnen abhängigen Landökosysteme und Feuchtgebiete sowie zur Förderung einer nachhaltigen Wassernutzung verwendet werden soll.

Für den biologischen Flächenschutz und den Artenschutz einschließlich des Vertragsnaturschutzes im Agrarbereich sollen insgesamt rd. 71,4 Mio € bereitgestellt werden.

Für die Förderung von Vereinen, Verbänden und Sonstigen auf den Gebieten des Umwelt-, Natur- und Tierschutzes sind im Finanzplanungszeitraum Ausgaben in Höhe von 2,8 Mio € vorgesehen.

Rd. 32,1 Mio € sind für die Bekämpfung von Meeresverschmutzungen etatisiert.

Aufgrund eines 1995 in Kraft getretenen Verwaltungsabkommens mit dem Bund und den Küstenländern erstatten die übrigen Küstenländer dem Land Schleswig-Holstein im Finanzplanungszeitraum rd. 18,6 Mio €.

11. Frauenpolitische Maßnahmen

Für frauenpolitische Maßnahmen sind insgesamt Mittel in Höhe von 12,0 Mio € veranschlagt. Der Schwerpunkt der Förderung liegt in folgenden Bereichen:

- **Eigenständige Existenzsicherung von Frauen**
Um die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt ihrer Region zu erhöhen, insbesondere aber, um Berufsrückkehrerinnen nach der Familienphase bei der Wiedereingliederung eine Hilfestellung zu geben, werden die zwölf Beratungsstellen "Frau & Beruf" sowohl vom Land als auch von der Europäischen Union unterstützt.

- **Frauen in der Informationsgesellschaft**
Die Berufe der Informations- und Kommunikationstechnologie bieten gerade auch für Frauen neue berufliche Perspektiven. Um das Potential von Frauen für diesen Bereich stärker zu erschließen, werden im Rahmen der Offensive „Online - Frauen sind dran“ verschiedene Vorhaben, z. B. die Berufsinformationsmesse für Mädchen, der Girl's Day und das Telecoaching für Existenzgründerinnen gefördert, mit dem Ziel, den Anteil von jungen Frauen in den neuen Ausbildungsberufen zu erhöhen. Sie soll ferner dazu beitragen, die Beschäftigungschancen von Frauen am Arbeitsmarkt zu steigern sowie die Anzahl von Internetnutzerinnen erhöhen.

- **Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen**
Gewaltprävention ist als eines der elf Handlungsfelder in die Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ integriert. Die Frauenhäuser, Beratungsstellen und Notrufgruppen bilden dabei die Basis einer flächendeckenden Versorgung: Sie unterstützen Frauen, die Opfer von Gewalt geworden sind und wirken bei der Gewaltprävention mit. Neben diesen unverzichtbaren Unterstützungsleistungen liegt ein Schwerpunkt im Jahr 2003 weiterhin auf dem Koordinations- und Interventionsprojekt KIK Schleswig-Holstein gegen häusliche Gewalt an Frauen. In mittlerweile 9 Regionen im Land arbeiten Polizei, Justiz, Frauen- u. Männerberatung, Ärzteschaft und Soziale Dienste zusammen, um ihr Vorgehen bei häuslicher Gewalt aufeinander abzustimmen. Mittlerweile sind im gesamten Land ca. 180 Akteurinnen und Akteure beteiligt.

- Vernetzung der Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes

Die rund 1.600 Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten, die in den Kommunen, den Hochschulen und den Landesbehörden tätig sind, bilden das Fundament einer erfolgreichen Frauenpolitik. Ihre Tätigkeit wird umso effektiver sein, je mehr sie sich untereinander vernetzen. Deshalb wird die Koordinierungsstelle für Gleichstellungs- und Frauenbeauftragte auch weiterhin tragfähige Organisationsstrukturen aufbauen und weiterentwickeln. Ein weiterer Arbeitsschwerpunkt bezieht sich auf die Einführung und Umsetzung des "Gender Mainstreaming-Konzeptes" in allen Bereichen der Landesverwaltung. In diesem Zusammenhang muss die Rolle von Gleichstellungs- und Frauenbeauftragten durch Information, Beratung, Begleitung und Schulungen unterstützt werden.

12. Wohnraumförderung

Der seit Mitte der neunziger Jahre zu beobachtende Prozess der Entspannung auf dem Wohnungsmarkt kommt zum Stillstand. In den großen Zentren und im Hamburger Umland werden neue Anspannungstendenzen ausgemacht. Hinzu kommt, dass in den nächsten 10 Jahren über 50 % der Sozialbindungen auslaufen.

Um nicht neuerliche Versorgungsprobleme vor allem auch hinsichtlich sozial stabiler Wohnquartiere entstehen zu lassen, ist eine Fortsetzung der Wohnraumförderung auf hohem Niveau notwendig.

Das Volumen des Wohnungsbauprogramms beträgt im Jahr 2002 rd. 51 Mio €, im Jahr 2003 rd. 75 Mio €..

Auch im Jahr 2003 und darüber hinaus müssen kontinuierliche Beiträge zur Verstetigung der sozialen Wohnraumförderung geleistet werden. Im Eigentumsbereich zielt die Förderung auf Haushalte ab, die an der Schwelle zum selbstgenutzten Eigentum stehen. Beim Mietwohnungsbau stehen neben den einkommensschwachen Haushalten die kinderreichen Familien, Alleinerziehende und Schwerbehinderte im Vordergrund. Neben dem Neubau werden aber auch die Modernisierung im Bestand, der Erwerb oder die Verlängerung von Belegungsbindungen Schwerpunkte des Landeswohnraumförderungsprogramms sein.

13. Städtebauförderung

- Das allgemeine **Bund-Länder-Programm** zur Förderung städtebaulicher Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen in Städten und Gemeinden wird mit einem jährlichen Programmvolume in Höhe von z.Zt. 18,9 Mio € fortgesetzt. Bund, Land und Kommu-

nen sind jeweils mit einem Drittel (rd. 6,3 Mio €) an der Finanzierung beteiligt. Zusätzlich stehen im Landesprogramm Städtebauförderung 1998 - 2002 Landesmittel für das Jahr 2002 in Höhe von rd. 2,6 Mio € zur Verfügung. Diese Mittel werden komplementiert durch kommunale Mittel in Höhe von insgesamt rd. 1,3 Mio €.

- Der Bund stellt den Ländern für das Programm Soziale Stadt im Programmjahr 2002 Finanzhilfen in Höhe von 76,694 Mio € zur Verfügung. Davon entfallen auf Schleswig-Holstein 2,409 Mio €. Land und Kommunen komplementieren diese Mittel üblicherweise jeweils in gleicher Höhe.

Im Berichtszeitraum sind Landesmittel in Höhe von rd. 7,7 Mio € vorgesehen.

14. Baumaßnahmen im Hochschulbereich (Gemeinschaftsaufgabe „Hochschulbau“)

Im Rahmen eines mittelfristigen Konzepts sind Ausgabeansätze einschließlich des Leasinganteiles der Universitätsbibliothek von 59.355 T€ (2002), 59.355 T€ (2003), 61.355 T€ (2004), 61.355 T€ (2005) und 61.355 T€ (2006) vorgesehen. Mit diesem Konzept sind Grundlagen für die Finanzplanung und die Bauplanungen im Hochschulbereich geschaffen.

Im Rahmen des neuen Plafonds der GA werden die laufenden Bauvorhaben fortgesetzt und dringend benötigte Neubauvorhaben in wirtschaftlichen Zeiträumen ausfinanziert werden können.

Als Beispiele größerer, laufender und neuer Vorhaben in 2002 sind zu nennen:

- Umbau FB Elektrotechnik 1. BA, der FH Kiel
(Gesamtkosten einschl. Ersteinrichtung 8,7 Mio €)
- Neubau des Hörsaalgebäudes 2. BA der FH Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 10,4 Mio €)
- Sanierung und Erweiterung der Mensa I an der CAU Kiel
(Gesamtkosten 9,4 Mio €)
- Neubau der Medizininformatik und Medizintechnik an der MUL
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 19,9 Mio €)
- Neubau Mensa Audimax Universität und FH Flensburg
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 14,9 Mio €)
- Neubau der Universität Flensburg
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 26,3 Mio €)

- Neubau eines Neurozentrums auf dem Zentralgelände des Klinikums der CAU-Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 37,9 Mio €)
- Neubau des Dr. Mildred-Scheel-Hauses der II. Med. Klinik auf dem Zentralgelände des Klinikums der CAU Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 8,2 Mio €)
- Erweiterung der Kinderklinik der CAU Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 8,8 Mio €)
- Neubau 2. BA FHW in Heide, Bibliothek und Mensa
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 6,8 Mio €)
- Neubau für die Tierhaltung Universitätsklinikum Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 2,7 Mio €)
- Neubau der Orthopädie auf dem Zentralgelände des Universitätsklinikums Lübeck
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 36,9 Mio €)

Für 2003 sind beispielhaft zu nennen:

- Sanierung eines Seminargebäudes der FH Lübeck
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 4,2 Mio €)
- Grundinstandsetzung und Funktionsverbesserung des FB Landbau in Osterrönfeld
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 6,7 Mio €)
- Grundinstandsetzung im Institut für Organische Chemie der CAU Kiel
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 7,2 Mio €)
- Erweiterung der Mensa an der MUL
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 2,8 Mio €)
- Institut für Radiologie-Bereich Radiologie- Beschaffung von röntgendiagnostischen Geräten am UKL
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 4,3 Mio €)
- Institut für Radiologie-Bereich Neuroradiologie- Beschaffung von röntgendiagnostischen Geräten einschließlich Umbaumaßnahmen am UKL
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 4,3 Mio €)
- Institut für Radiologie-Bereich Radiologie- Beschaffung einer PACS Gerätekonfiguration am UKL
(Gesamtbaukosten 3,1 Mio €)
- Erneuerung der vorklinischen Ausbildungsplätze in der Klinik für zahnärztliche Prothetik, Propädeutik und Werkstoffkunde einschließlich brandschutztechnische Maßnahmen am UKK
(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 4,1 Mio €)
- Klinik für Diagnostische Radiologie, Ersatzbeschaffung von röntgendiagnostischen Geräten einschließlich Umbaumaßnahmen in der I. Medizinischen Klinik am UKK

(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 4,2 Mio €)

- Klinik für Diagnostische Radiologie, Ersatzbeschaffung von röntgendiagnostischen Geräten im Neurozentrum am UKK

(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 3,0 Mio €)

- Ersatzbeschaffung eines Herzkathetermessplatzes einschließlich Umbaumaßnahmen in der Chirurgischen Klinik für die Klinik für Kardiologie am UKK

(Gesamtbaukosten einschl. Ersteinrichtung 2,5 Mio €)

15. Gesundheitswesen

15.1 Krankenhausfinanzierung

Für Maßnahmen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind für den Zeitraum 2002 bis 2006 folgende Ausgaben eingeplant:

		<u>Mio €</u>
Haushalt	2002	48,5
Haushaltsentwurf	2003	50,3
Planung	2004	59,3
Planung	2005	63,9
Planung	2006	69,2

Zusammen sind dies rd.291,2 Mio €, die vom Land in Höhe von 164,3 Mio € und von den Kommunen in Höhe von 126,9 Mio € aufgebracht werden. Der vom Land zu zahlende sog. „Vorwegbetrag“ ist auf 8,05 Mio € pro Jahr festgesetzt.

Von dem Gesamtbetrag von 291,2 Mio € entfallen 220,5 Mio € auf die Erfüllung gesetzlicher Ansprüche. Für die Finanzierung von Neu-, Um- und Ersatzbaumaßnahmen sind 70,7 Mio € vorgesehen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Finanzierung der Bau- maßnahmen ab 2002 insgesamt von Investitionszuschüssen auf Schuldendiensthilfen – ohne Einschränkung des Bauvolumens von 42 bis 43 Mio € jährlich – umgestellt worden ist.

15.2 Fachkliniken des Landes

Für die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Fachkliniken des Landes werden im Finanzplanungszeitraum 2002 - 2006 neben den im Kapitel 1011 veranschlagten Landesmitteln von 0,9 Mio € im Kapitel 1005 (MG 01 - Maßnahmen der Pflegeinfrastruktur)

3,7 Mio €, insgesamt damit 4,6 Mio €, bereitgestellt (die Finanzierung der Baumaßnahmen ist ab 2002 von Investitionszuschüssen auf Schuldendiensthilfen umgestellt worden). Die Finanzierung der Investitionsmaßnahmen der Akut- (Krankenhaus-) Bereiche aus dem Kapitel 1013 erfolgt nach den allgemeinen Grundsätzen der Krankenhausfinanzierung.

Für die Durchführung des Maßregelvollzuges in den Fachkliniken Neustadt und Schleswig werden im Finanzplanungszeitraum 2002 - 2006 insgesamt 92,3 Mio € bereitgestellt.

15.3 Übriges Gesundheitswesen

Es sollen bereitgestellt werden

- insgesamt 6,7 Mio € in den Jahren 2002 bis 2006 für die dezentrale psychiatrische Versorgung; ab dem Jahre 2003 werden keine direkten Investitionszuschüsse mehr gezahlt,
- insgesamt 16,2 Mio € in den Jahren 2002 bis 2006 für die Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs einschließlich Drogenhilfeplan,
- insgesamt 5,2 Mio € in den Jahren 2002 bis 2006 für die Bekämpfung von Volkskrankheiten (überwiegend für Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwächekrankheit AIDS),
- insgesamt 6,0 Mio € in den Jahren 2002 bis 2006 für die Unterhaltung des Krebsregisters,
- insgesamt 5,0 Mio € in den Jahren 2002 bis 2006 für Verbraucherschutz und Ernährungsberatung

16. Sozial-, Kinder-, Jugend- und Familienbereich

16.1 Sozialhilfe

Die Ansätze für die Sozialhilfe im Finanzplanungszeitraum berücksichtigen das seit 1991 bestehende sogenannte „quotale System“. Dieses sieht vor, dass die gesamten Sozialhilfekosten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, gemeinsam von den Kommunen und dem Land getragen werden. Der Anteil der Kommunen wurde auf 61 v.H. und der des Landes auf 39 v.H. festgesetzt. Für die Jahre 2002 bis 2006 sind insgesamt Landesmittel i.H.v. 2.045,9 Mio € eingeplant. Bei den Ansätzen ist berücksichtigt worden, dass die zur Senkung der Sozialhilfekosten ergriffenen Maßnahmen - insbesondere bei der Hilfe zur Arbeit und durch Benchmarking - Wirkung zeigen.

Zum 1.1.2003 tritt das Grundsicherungsgesetz in Kraft. Dadurch wird sich der Personenkreis der Anspruchsberechtigten für die Sozialhilfe verringern. Die daraus zu erwartenden

Einsparungen bei den Sozialhilfeausgaben sind in den Ansätzen ebenfalls bereits berücksichtigt.

16.2 Kindertageseinrichtungen und Tagespflege

Die investive Förderung von Kindertageseinrichtungen und Tagespflege nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz und dem Kindertagesstättengesetz ist ausgelaufen. Die veranschlagten Zinszuschussleistungen dienen der Abwicklung der restlichen Anträge und der Ausfinanzierung der gewährten Darlehen bei zwanzigjähriger Laufzeit. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz konnte ab dem 1. Januar 1999 ohne Übergangsregelung erfüllt werden. Das Land gewährt den Trägern von Kindertageseinrichtungen und Tagespflegestellen Zuschüsse zu den Kosten des pädagogischen Personals. Hierfür sind im Finanzplanungszeitraum insgesamt 266,0 Mio € eingeplant; eine Änderung der Finanzierungskriterien im Bereich der Personalkostenerstattung befindet sich in Vorbereitung.

16.3 Kinder-, Jugend und Familienbereich:

- Zur Förderung der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit - einschl. der internationalen Jugendarbeit, der Jugendarbeit im Ostseeraum und der Durchführung von Maßnahmen im Rahmen des Jugendferienwerks Schleswig-Holstein - sind im Finanzplanungszeitraum rd. 14,8 Mio € vorgesehen.
- Für Jugendstättenbaumaßnahmen sind rd. 3,5 Mio € Zuschüsse veranschlagt.
- Die Finanzierungsbeteiligung in der Jugendhilfe wurde zum 1.1.2001 mit einem Betrag von rd. 41,6 Mio € als Zuweisung zu den Jugendhilfekosten in den kommunalen Finanzausgleich (§ 25d FAG) umgesetzt. Der Betrag erhöht oder vermindert sich ab 2002 gegenüber dem Vorjahresbetrag in dem selben Verhältnis, wie sich die Finanzausgleichsmasse gegenüber dem Vorjahr verändert.
Für präventive Maßnahmen nach § 58 JuFöG in der ab 1.1.2001 geltenden Fassung verblieben 2001 im Epl. 09 rd. 1,5 Mio €. Dieser Betrag wird für 2002 und die Folgejahre unverändert fortgeschrieben und insbesondere für den Schwerpunkt der Vernetzung von Angeboten und Kooperationen von Jugendhilfe und Schule bereitgestellt. Diese Mittel können zur Kofinanzierung von EU- oder Bundesprogrammen verwendet werden.

- Für familienfördernde Maßnahmen des Landes (u.a. Förderung der Beratungsstellen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz, Beratung von Problemfamilien, Familienbildungsstätten) werden im Finanzplanungszeitraum rd. 14,7 Mio € (ohne Familienferienerholung (MG 32)) bereitgestellt.

16.4 Folgende weitere Maßnahmen sind zu erwähnen:

- Das Programm zur Modernisierung und zum Ausbau des Jugendaufbauwerks wird fortgesetzt. Hierfür werden seit 1994 im Landeshaushalt nur noch die Landesmittel (2002 bis 2006: 2,7 Mio €) veranschlagt. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass ab 2003 die Investitionen auf Schuldendiensthilfen umgestellt werden. Die Mittel der Bundesanstalt für Arbeit für die Kosten des laufenden Betriebes des Jugendaufbauwerks werden unmittelbar den Trägern der Einrichtungen zugewiesen.
- Für die Schuldnerberatungsstellen, die als „geeignete Stellen“ nach § 305 Abs. 1 Nr. 1 der Insolvenzordnung anerkannt sind, sind im Finanzplanungszeitraum Zuschüsse von insgesamt 15,3 Mio € vorgesehen. Ziel der Förderung ist insbesondere die Verbesserung der Personalsituation in den Schuldnerberatungsstellen aufgrund der mit der Durchführung der Verbraucherinsolvenzverfahren verbundenen Mehrbelastungen. Daneben soll durch geeignete Präventionsmaßnahmen der zunehmenden Verschuldung im Lande entgegengewirkt werden.
- Der den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege aus dem Ertrag des „Spiels 77“ und der Losbrieflotterie zur Verfügung stehende Betrag wird sich in den Jahren 2002 bis 2006 voraussichtlich auf 10,4 Mio € belaufen.
- Im Finanzplanungszeitraum sind Zuschüsse (Lotto- u. Totomittel) in Höhe von 15,8 Mio € an die Verbände der freien Wohlfahrtspflege für besondere soziale Maßnahmen des Landes zur Verfügung veranschlagt.
- Für Investitionen im Bereich der Behinderteneinrichtungen und Wohnheime für Behinderte sind Ausgaben in Höhe von 2,3 Mio € vorgesehen. Die Finanzierung der Investitionszuschüsse ist ab 2002 auf Schuldendiensthilfen umgestellt worden.

16.5 Pflegeversicherung / Pflegequalitätsoffensive

Für die Durchführung des Landespflegegesetzes, das insbesondere die Förderung der Investitionskosten von Pflegeeinrichtungen vorsieht und zur finanziellen Entlastung Pfl-

gebedürftiger beiträgt, ist – ohne die Pflegebereiche der öffentlich-rechtlichen Fachkliniken (vgl. Ziffer 15.2) – ein Landesanteil von rd. 126,5 Mio € in den Jahren 2002 bis 2006 veranschlagt. Davon entfallen auf die Pflegequalitätsoffensive zur Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität in Pflegeeinrichtungen im Finanzplanungszeitraum rd. 7 Mio €. Die Aufwendungen sind durch Einsparungen gedeckt, die durch die Einführung der Pflegeversicherung im Bereich der Sozialhilfe entstehen.

17. Asyl- und Ausländerbereich

Ausgaben für den Asyl- und Ausländerbereich sind für die Jahre 2002 bis 2006 mit insgesamt 187,5 Mio € veranschlagt.

18. Staatlicher Hochbau (ohne Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau)

Mit Wirkung vom 01.07.1999 ist die „Gebäudemanagement Schleswig Holstein“ (GMSH) in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts gegründet worden. Die GMSH übernimmt die Aufgaben der bisherigen Landesbauverwaltung. Ab 2003 werden die Kostenerstattungen an die GMSH für Organleihe - Bau - aus dem EPL 12 finanziert.

Nach Übertragung der Liegenschaften auf die IB werden künftig große Baumaßnahmen nicht mehr über den EPL 12 abgewickelt, sondern über Mieten finanziert. Wesentliche Ausnahmen von dieser Regelung sind insbesondere die Hochschulbauten und Baumaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten sowie im Landeshaus.

Das Land ist künftig bei den übertragenen Liegenschaften nur für Schönheitsreparaturen und nutzerspezifische Einbauten zuständig. Modernisierungs- und Erweiterungsmaßnahmen sind mit der Investitionsbank und der GMSH abzustimmen und über Mieten zu finanzieren. Nutzerspezifische Maßnahmen, die wegen der Überschreitung der Kostenobergrenze von 5 T€ nicht aus dem zentralen Bauunterhaltungstitel finanziert werden dürfen, werden wie bisher im jeweiligen Ressortkapitel des EPL 12 (HG 711) veranschlagt.

Für laufende und im Planungszeitraum zu beginnende Baumaßnahmen sind ab 2002 vorgesehen (HG 7 + 8):

	2002	2003	2004	2005	2006
			- in Mio € -		
Kleine Neu-, Um- u. Erweiterungsarbeiten	9,2	7,9	6,8	4,3	3,9
Landesbau (Große Baumaßnahmen)	22,6	21,7	22,8	22,6	18,4
landesfinanzierter Hochschulbau (Große Baumaßnahmen)	7,5	4,7	8,0	6,3	2,0
Ersteinrichtung	0,3	0,5	0,7	0,6	0,5
Baunebenkosten	1,5	4,0	4,0	4,0	4,0

Als große, laufende und neue Vorhaben im Bereich der landesfinanzierten Maßnahmen sind in 2002 beispielhaft zu nennen:

- Umbau mit teilweiser Neugestaltung des Landeshauses
(Gesamtbaukosten ca. 16,7 Mio €)
 - Herrichtung und Erweiterung der Landesfeuerweherschule Schleswig-Holstein
(Gesamtbaukosten ca. 19,5 Mio €)
 - Neubau der Jugendarrestanstalt Moltfelde
(Gesamtbaukosten ca. 3,0 Mio €)
 - Weiterer Teilerweiterungsbau der Verwaltungsfachhochschule Altenholz
(Gesamtbaukosten ca. 2,7 Mio €)
 - Herrichtung der Liegenschaft Munketoft, Universität Flensburg
(Gesamtbaukosten ca. 2,2 Mio €)
 - Neubau eines Laborgebäudes für das LANU in Neumünster, 1. BA
(Gesamtbaukosten ca. 8,2 Mio €)
- Mit dem Investitionsprogramm Justizvollzug werden auf der Basis eines mittelfristigen Bauvolumens von rd. 57,4 Mio € die Überbelegung der Anstalten abgebaut, der dringendste Grundinstandsetzungs- und Sanierungsbedarf gedeckt sowie weitere Arbeitsmöglichkeiten für Gefangene geschaffen. Die Veranschlagung erfolgt im Kapitel 1209 in den einzelnen Titelgruppen. In 2002 laufende Vorhaben sind:

Modernisierung der Justizvollzugsanstalt Kiel

(Gesamtbaukosten ca. 11,7 Mio €)

Neubau Haus F der Justizvollzugsanstalt Lübeck

(Gesamtbaukosten ca. 8,1 Mio €)

Neubau Haus H, Frauenvollzug in der Justizvollzugsanstalt Lübeck

(Gesamtbaukosten ca. 2,3 Mio €)

Sozialtherapeutische Abteilung Haus C der Justizvollzugsanstalt Lübeck

(Gesamtbaukosten ca. 2,5 Mio €)

Umbau der Bäckerei in der Justizvollzugsanstalt Neumünster

(Gesamtbaukosten ca. 3,9 Mio €)

Neubau Haus E für den Jugendvollzug der Justizvollzugsanstalt Neumünster

(Gesamtbaukosten ca. 4,4 Mio €)

Ver- u. Entsorgung, Infrastrukturmaßnahmen bei der Justizvollzugsanstalt Neumünster

(Gesamtbaukosten ca. 4,1 Mio €)

Wesentliche für 2003 vorgesehen und zu erwartende beispielhafte große Neubeginne bei landesfinanzierten Bauvorhaben:

- Grundinstandsetzungsmaßnahmen im Altbau des IfW
(Gesamtkosten ca. 3,5 Mio €)
 - Erweiterung der Herzchirurgie am Universitätsklinikum Lübeck
(Gesamtkosten ca. 1,6 Mio €)
 - Sanierung des Pharmazeutischen Instituts an der CAU Kiel
(Gesamtkosten ca. 8,7 Mio €)
 - Neubau eines Magazingebäudes auf dem Bauhof des ALR Husum
(geschätzte Gesamtbaukosten ca. 1,5 Mio €)
 - Sicherungs- und Feuerschutzmaßnahmen im Innenministerium
(geschätzte Gesamtbaukosten ca. 1,2 Mio €)
 - Umbau und Sanierung der landeseigenen Liegenschaft des Polizeiautobahnreviers
Bad Oldesloe
(geschätzte Gesamtbaukosten ca. 1,4 Mio €)
- Investitionsprogramm Justizvollzug
- Grundinstandsetzung der Küche, JVA Lübeck
(Gesamtkosten ca. 3,2 Mio €)

Gesamteinnahmen

	Haushalt 2002 T€	Haushalt 2003 Entwurf T€	Planung		
			2004 T€	2005 T€	2006 T€
Steuern	5.440.250,0	5.286.700,0	5.603.100	5.783.000	6.125.000
Steuerähnliche Abgaben	108.842,4	103.723,0	104.723	104.723	104.723
Länderfinanzausgleich	31.425,0	141.300,0	120.600	174.000	187.000
Bundesergänzungszuweisungen	168.400,0	291.000,0	276.300	147.000	154.000
Verwaltungseinnahmen, Einnahmen aus Schuldendienst	582.043,4	629.780,1	431.243	532.185	473.945
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen (ohne LFA, BEZ)	604.338,6	647.609,3	648.161	622.547	618.837
Schuldenaufnahme, Zuwendungen für Investitionen (ohne Kreditmarktmittel)	184.463,8	184.280,8	185.046	187.864	190.320
Haushaltstechnische Verrechnungen	10.935,7	5.705,7	5.714	5.721	5.728
Nettoeinnahmen	7.130.698,9	7.290.098,9	7.374.887	7.557.040	7.859.553
Einnahmen aus Liegenschaftsübertragungen	25.000,0	0,0	0	0	0
Kreditmarktmittel	2.336.315,4	3.279.805,5	2.920.111	2.998.689	3.169.359
Überschüsse aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	45.016,3	7.669,4	7.670	0	0
Gesamteinnahmen	9.537.030,6	10.577.573,8	10.302.668	10.555.729	11.028.912

Gesamtausgaben

	Haushalt 2002 T€	Haushalt 2003 Entwurf T€	Planung		
			2004 T€	2005 T€	2006 T€
Personalausgaben	2.938.792,1	3.015.480,5	3.080.110	3.132.611	3.183.595
Sächliche Verwaltungsausgaben	445.490,2	453.078,3	459.511	458.885	465.193
Schuldendienst (ohne Schuldentilgung am Kreditmarkt)	896.893,0	911.231,0	944.492	991.116	1.023.007
Länderfinanzausgleich	0,0	0,0	0	0	0
Zuwendungen mit Ausnahme für Investitionen	2.727.718,0	2.752.754,3	2.822.349	2.906.148	2.988.950
Baumaßnahmen	141.606,0	144.009,0	155.674	156.626	143.343
Sonstige Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen	582.912,1	568.073,9	562.559	554.035	567.837
Globale Mehrausgaben	5.950,0	6.900,0	6.900	6.900	6.900
Globale Minderausgaben	-37.276,9	-47.712,9	-150.000	-150.000	-120.000
Haushaltstechnische Verrechnungen	10.935,7	5.705,7	5.714	5.721	5.728
Nettoausgaben	7.713.020,2	7.809.519,8	7.887.308	8.062.040	8.264.553
Schuldentilgung Kreditmarktmittel	1.823.761,9	2.767.805,5	2.415.111	2.493.689	2.764.359
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Zuführung an Rücklagen	248,5	248,5	249	0	0
Gesamtausgaben	9.537.030,6	10.577.573,8	10.302.668	10.555.729	11.028.912

Finanzierungsübersicht

	Haushalt 2002 T€	Haushalt 2003 Entwurf T€	Planung		
			2004 T€	2005 T€	2006 T€
Nettoausgaben	7.713.020,2	7.809.519,8	7.887.308	8.062.040	8.264.553
Nettoeinnahmen	7.130.698,9	7.290.098,9	7.374.887	7.557.040	7.859.553
Finanzierungssaldo	-582.321,3	-519.420,9	-512.421,5	-505.000,0	-405.000,0
zuzüglich Schuldentilgung am Kreditmarkt	1.823.761,9	2.767.805,5	2.415.111	2.493.689	2.764.359
Fehlbetrag aus Vorjahren	0,0	0,0	0	0	0
Zuführung an Rücklagen	248,5	248,5	249	0	0
Deckungslücke (ohne Kreditaufnahme)	2.406.331,7	3.287.474,9	2.927.781	2.998.689	3.169.359
Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2.336.315,4	3.279.805,5	2.920.111	2.998.689	3.169.359
Überschüsse aus Vorjahren	-	-	-	-	-
Erlöse Liegenschaftsmodell	25.000,0	0,0	0	0	0
Entnahme aus Rücklagen	45.016,3	7.669,4	7.670	0	0
Verbleibende Deckungslücke bzw. Überschuß	0,0	0,0	0	0	0
<u>nachrichtlich:</u>					
Nettokreditaufnahme	512.553,5	512.000,0	505.000	505.000	405.000
Steigerung der Nettoausgaben		1,0*	1,0	2,2	2,5

* Steigerungsrate ohne Grundsicherung

Steueraufkommen 2002 - 2006

STEUERART	2002	2003	2004	2005	2006
	Haushalt	Entwurf	Schätzung		
	- Mio € -				
Gemeinschaftsteuern					
Lohnsteuer	1.943,2	1.984,0	2.123,3	2.150,8	2.300,5
Veranlagte Einkommensteuer	202,1	173,3	204,8	173,1	272,2
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	56,2	64,2	67,7	71,2	74,6
Körperschaftsteuer	401,9	232,5	277,6	306,5	324,4
Umsatzsteuer	1.411,8	1.417,0	1.455,4	1.544,0	1.588,0
Einfuhrumsatzsteuer	469,3	472,4	485,1	514,4	529,2
Gewerbsteuerumlage	142,3	157,1	164,7	174,7	176,3
Zinsabschlagsteuer	118,5	115,4	118,0	120,5	123,1
Summe 1.	4.745,3	4.615,9	4.896,6	5.055,2	5.388,3
Landessteuern					
Vermögensteuer	5,8	6,5	4,3	2,2	-
Erbschaftsteuer	100,7	97,0	101,7	106,5	111,2
Grunderwerbsteuer	204,5	188,8	195,4	202,1	208,7
Kraftfahrzeugsteuer	295,5	284,5	309,2	319,1	317,0
Totalisatorsteuer	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0
Lotteriesteuer	63,0	67,6	69,3	71,1	72,8
Feuerschutzsteuer	9,2	10,2	10,5	10,8	11,1
Biersteuer	15,4	15,2	15,1	15,0	14,9
Summe 2.	695,0	670,8	706,5	727,8	736,7
Summe 1. + 2.	5.440,3	5.286,7	5.603,1	5.783,0	6.125,0
Länderfinanzausgleich	31,4	141,3	120,6	174,0	187,0
Bundesergänzungszuweisungen	168,4	291,0	276,3	147,0	154,0
Insgesamt	5.640,1	5.719,0	6.000,0	6.104,0	6.466,0

Bedeutame nichtinvestive Ausgaben aufgrund von Bundesgesetzen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2002 Mio €	Entwurf 2003 Mio €	P l a n u n g		
				2004 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €
1	2	3	4	5	6	7
0407 (TG 62 o. 883 62)	Aufnahme und Verteilung von Migrantinnen und Migranten	30,3	31,5	33,2	33,2	33,2
0416 - 633 01	Wohngeld	177,4	180,7	180,7	180,7	180,7
0602 - MG 03	Berufliche Aufstiegsförderung	4,5	4,2	4,5	4,7	4,6
0607 - MG 02 /TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	54,3	46,2	37,6	39,1	40,6
0607 - MG 02 /TG 73	Unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im Personenverkehr	10,3	11,6	12,8	13,1	13,2
0902, 0904-6 526 11-16	Auslagen in Rechtssachen	54,8	59,8	62,6	65,5	68,3
0903 - 681 03	Arbeitsentgelte u. dgl. für Gefangene	0,5	0,5	0,6	0,6	0,6
0909 - 633 11	Erstattungen an Kreise und kreis- freie Städte im Rahmen des Un- terhaltsvorschussgesetzes	30,7	31,4	32,2	22,0	22,5
1003 - 633 04	Kriegsopferfürsorge (Landesanteil)	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4
1004 - 671 03	Beiträge an die Unfallkasse Schleswig-Holstein	4,8	6,0	6,0	6,0	6,0
1005- 633 10	Erstattungen an Kreise und Gemeinden in Verbindung mit dem Grundsicherungsgesetz	0,0	34,9	34,9	0,0	0,0
1005 - TG 65	Sozialhilfe (ohne Tit. 981 65)	385,0	379,2	394,7	434,6	448,5
1111 - 634 01	Zuschuss an LA-Fonds nach § 6 LAG	1,4	1,2	1,1	1,1	1,1

Aufteilung der Finanzausgleichsmasse für die Jahre 2002 bis 2006

- nach Haushaltsansätzen -

Gegenstand	2002	2003	2004	2005	2006
	Haushalt	Entwurf	MFP		
	T€	T€			
I. Vorwegabzüge (§ 7 Abs. 1 FAG)					
1. Fehlbetrags- und Sonderbedarfszuweisungen (Tit. 613 03)	22,6	1.022,6	1.023	1.023	1.023
(Tit. 613 04)	7.669,4	7.669,4	7.670	7.670	7.670
(Tit. 883 01)	9.203,3	9.203,3	9.204	9.204	9.204
2. Zuweisung an den Förderungsfonds für den Nachbarraum um Hamburg (Förderungsfonds Nord) (Tit. 883 16)					
2.1 Zuweisungen nach § 20 (1) FAG	1.278,3	1.278,5	1.278	1.278	1.278
2.2 Zuweisungen nach § 20 (3) FAG	1.789,5	1.789,5	1.790	1.790	1.790
3. Kommunaler Schulbaufonds (MG 01)	30.677,5	30.677,5	30.678	30.678	30.678
4. Theater und Orchester					
4.1 Betriebskostenzuweisungen (Tit. 633 03)	32.681,8	33.660,0	34.668	35.707	36.777
4.2 Bau- und Sanierungsmaßnahmen (Tit. 883 04)	2.556,5	2.557,0	-	-	-
5. Zuweisungen an die DZ (Tit. 533 01)	1.022,6	1.022,6	1.023	1.023	1.023
6. Zuweisungen zu den Straßenbaulasten					
6.1 Unterhaltung und Instandsetzung von Gemeindestraßen (Tit. 633 01)	1.610,6	1.610,6	1.611	1.611	1.611
6.2 Um- und Ausbau von Gemeindestraßen (Tit. 883 02)	1.968,5	1.968,5	1.969	1.969	1.969
6.3 Unterhaltung und Instandsetzung von Kreisstraßen und Ortsdurchfahrten (Tit. 633 02)	14.725,2	14.725,2	14.726	14.726	14.726
6.4 besondere Straßenbaumaßnahmen (Tit. 883 03)	5.215,2	5.215,2	5.216	5.216	5.216
7. Zuweisungen zur Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs (Tit. 633 04)	5.112,9	5.112,9	5.113	5.113	5.113
8. Zuweisungen zur Förderung von Frauenhäusern (Tit. 633 05)	3.983,0	4.079,0	4.139	4.201	4.264
9. Zuweisungen zu den Sozialhilfekosten (Tit. 633 06)	12.200,0	12.000,0	12.000	12.000	12.000
10. Zuweisungen zur Förderung des Büchereiwesens (Tit. 633 07)	6.435,1	6.628,0	6.827	7.032	7.243
11. Zuweisungen zu den Jugendhilfekosten (Tit. 633 08)	41.411,1	40.500,1	42.404	45.500	48.276
Summe I	179.563,1	180.719,9	181.339	185.741	189.861

Gegenstand	2002	2003	2004	2005	2006
	Haushalt	Entwurf	MFP		
	T€	T€			
II. Prozentual aufzuteilender Betrag (§§ 7 Abs. 2 und 8 - 15 FAG)					
Davon entfallen auf					
a) Schlüsselzuweisungen (Tit. 613 06)	802.733,6	780.303,3	824.050	892.084	952.999
b) Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen (Tit. 883 15)	74.570,9	72.487,2	76.551	82.871	88.530
Summe II	877.304,5	852.790,5	900.601	974.955	1.041.529
Finanzausgleichsmasse	1.056.867,6	1.033.510,4	1.081.940	1.160.696	1.231.390
Zuwachs in v.H.					
FAG-Masse		- 2,2	4,7	7,3	6,1
Schlüsselzuweisungen		- 2,8	5,6	8,3	6,8
III. Berechnung der FAG-Masse					
Steuern, LFA und BEZ	5.487.675,0	5.550.700,0	5.823.800	5.917.500	6.277.600
- Familienleistungsausgleich	- 77.100,0	- 74.500,0	- 77.000	- 79.300	- 82.000
Verbundmasse	5.410.575,0	5.476.200,0	5.746.800	5.838.200	6.195.600
FAG-Masse (19,78 v.H.)	1.070.211,7	1.083.192,4	1.136.717	1.154.796	1.225.490
- Finanzierungsbeitrag	- 24.777,2	- 24.777,2	- 24.777	+ 5.900	+ 5.900
- Abrechnung 2000/2001	+ 11.804,3	- 24.915,0			
- Geschätzte Abrechnung 2002			- 30.000		
- Abrechnung FLA 1999/2000	- 371,3	+ 10,2			
Finanzausgleichsmasse	1.056.867,5	1.033.510,4	1.081.940	1.160.696	1.231.390
Nachrichtlich:					
Familienleistungsausgleich					
- lfd. Jahr -	77.100,0	74.500,0	77.000,0	79.300,0	82.000,0
- Abrechnung Vorjahr	371,3	- 10,2			

Sachinvestitionen und Investitionsfördermaßnahmen

Bezeichnung	Haushalt	Entwurf	Planung		Planung
	2002 Mio €	2003 Mio €	2004 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €
1	2	3	4	5	6
Sachinvestitionen					
Baumaßnahmen (Hauptgruppe7)	141,6	144,0	155,7	156,6	143,3
Erwerb von beweglichen und unbeweglichen Sachen (Obergruppen 81 und 82)	56,1	59,7	53,7	47,6	53,5
Investitionsförderungsmaßnahmen					
Erwerb von Beteiligungen (Obergruppe 83)	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Darlehen und Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden (GV) und Zweckverbände (Obergruppen 85 und 88)	360,9	352,6	352,6	363,6	377,0
Darlehen und Zuschüsse für Investitionen an sonstige Bereiche (Obergruppen 86 und 89)	157,6	144,4	145,0	131,4	125,9
Inanspruchnahme von Gewährleistungen (Obergruppe 87)	8,2	11,3	11,2	11,3	11,3
Summe	724,5	712,1	718,2	710,7	711,2

Ausgaben
für wesentliche Aufgabenbereiche nach Einzelplänen

Kap Tit.	Bezeichnung	Haushalt 2002 Mio €	Entwurf 2003 Mio €	P l a n u n g		
				2004 Mio €	2005 Mio €	2006 Mio €
1	2	3	4	5	6	7
<u>Einzelplan 04</u>						
- Innenministerium -						
<u>Kap. 0402</u>	Sportförderung	5,2	5,0	5,0	5,0	5,0
<u>Kap. 0407</u> 633 62	Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	24,9	26,1	27,1	27,1	27,1
<u>Kap. 0410</u> 811 01 ff.	Investiver Polizeihauhalt	8,2	5,2	5,7	6,0	6,0
<u>Kap. 0416</u> 633 01	Wohngeld	177,4	180,7	180,7	180,7	180,7
MG 01	Wohnraumförderung	17,9	13,8	10,7	9,3	8,2
MG 02	Wohnungsbauförderung im 2. Förderungsweg	3,6	2,9	2,4	1,9	1,4
MG 04	Städtebauförderung	12,2	12,0	13,0	13,8	13,0
<u>Einzelplan 05</u>						
- Ministerium für Finanzen und Energie -						
<u>Kap. 0505</u> MG 05	IT-Steuerverwaltung	6,0	8,7	9,4	9,5	9,6
<u>Kap. 0509</u> MG 01	Atomrechtliche Verfahren	17,4	18,8	19,4	20,5	21,5
<u>Einzelplan 06</u>						
- Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Verkehr -						
<u>Kap. 0602</u>						
871 01	Inanspruchnahme aus Gewährleistungszusagen im Rahmen des Existenzgründerinnenprogramm	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4
892 05	Wettbewerbshilfen für schlesw.-holst. Werften	24,8	14,0	16,1	6,6	2,0
MG 02	Aus- und Weiterbildung	3,7	3,1	3,1	3,1	3,1
MG 03	Berufliche Aufstiegsfortbildung	4,5	4,2	4,5	4,7	5,0
MG 04	Beratungs- und Informationswesen des mittelständischen Gewerbes	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
MG 06	Werbemaßnahmen im Interesse der gewerbl. Wirtschaft	2,4	2,4	4,2	2,3	2,3

MG 07	Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation zur Stärkung der Wirtschaft	7,4	6,1	6,1	6,1	6,2
MG 08	Informationswirtschaft und Multimedia	1,1	1,0	1,0	0,3	0,4
MG 15	Regionalprogramm 2000	42,0	40,3	36,9	37,2	37,1
<u>Kap. 0603</u>	Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	28,8	28,8	28,8	28,8	28,8
<u>Kap. 0604</u>						
533 01	Werkverträge im Rahmen der Entwurfsbearbeitung	7,7	6,8	6,8	6,8	6,8
752 01	Planung etc. konkreter Straßenbaumaßnahmen	6,7	6,4	6,4	6,4	6,4
753 01	Deckenerneuerung auf Landesstraßen	8,0	7,7	7,7	7,7	7,7
883 33	Kommunaler Straßenbau (Bundesmittel)	33,4	33,4	29,6	29,6	29,6
MG 01	Straßeninformationssystem	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
TG 63	Um- und Ausbau von Landesstraßen	16,2	10,0	9,1	9,5	13,0
<u>Kap. 0605</u>						
711 01 ff.	Baumaßnahmen in landeseigenen Häfen sowie Erwerb von Fahrzeugen und Geräten pp.	4,4	4,7	4,4	4,0	3,8
<u>Kap. 0607</u>						
MG 02	Maßnahmen aus Regionalisierungsmitteln	188,2	207,7	210,9	214,1	217,4
TG 65	Öffentlicher Personennahverkehr (Bundesmittel)	10,0	10,0	13,8	13,8	13,8
TG 68	Kostenbeiträge nach dem Eisenbahnkreuzungsgesetz	0,2	0,2	0,2	0,1	0
TG 71	Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr	25,6	19,0	19,8	20,6	22,2
TG 73	Fahrgelderstattung für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im öffentlichen Personennahverkehr	3,9	3,0	4,1	4,2	4,3
<u>Einzelplan 07</u>						
	- Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur -					
<u>Kap. 0702</u>						
684 01	Personalkostenzuschüsse an Kirchen	11,1	11,4	11,6	11,8	11,9
<u>Kap. 0703</u>						
MG 01	Ausbildungsförderung	46,7	52,5	55,0	55,0	55,0
<u>Kap. 0710</u>						
MG 07	Zuschüsse an dt. Privatschulen	32,9	33,9	34,3	34,7	35,0

MG 09	Zuschüsse an Schulen der dänischen Minderheit	24,6	24,9	25,3	25,6	26,0
Kap. 0711 bis 0716	Personalkosten Lehrer	1.033,4	1.062,2	1.075,1	1.083,1	1.089,2
Kap. 0720 bis 0729 u. 0734	Hochschulbudget (o. Klinika)	241,0	243,5	245,7	247,6	247,6
<u>Kap. 0721</u>						
MG 01	Zuschuss für die Universitätsklinik Kiel	74,7	75,0	72,9	72,1	72,1
<u>Kap. 0722</u>						
MG 01	Zuschuss für die Universitätsklinik Lübeck	64,5	64,6	62,8	62,1	62,1
<u>Kap. 0740</u>						
684 26	S-H Musik Festival	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
MG 01	Kunst- und Kulturpflege	2,4	2,2	2,2	2,2	2,2
<u>Einzelplan 08</u>						
- Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus -						
<u>Kapitel 0801</u>						
MG 03	Aufwendungen f.d. landwirtschaftlichen Berufsfach- und Fachschulen	2,7	2,6	2,6	2,6	2,6
<u>Kap. 0802</u>						
686 04	Landwirtschaftliche u. gärtnerische Beratungsringe	1,1	0,8	0,7	0,6	0,5
MG 03 MG 05	Zuwendungen der EU für die Fischerei und Aquakultur	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5
MG 04	Leistungen an die Landwirtschaftskammer	8,3	6,6	6,6	6,2	6,2
TG 61	Tourismus	2,8	2,9	2,9	2,7	2,6
TG 73/ TG 74	Fischerei	1,0	1,2	1,2	1,2	1,2
<u>Kap. 0803</u>	- Gemeinschaftsaufgabe - Rahmenplan	50,8	50,7	51,2	50,9	50,9
MG 01	Vorplanung	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
MG 02	Flurbereinigung	0,1	0,9	0,5	0,5	0,5
MG 03	Einzelbetriebliche Maßnahmen u. ländliche Siedlung	11,8	11,9	12,7	12,3	12,2
MG 04	Verbesserung der Marktstruktur	0,9	1,9	1,9	2,0	2,0
MG 05	Wasserwirtschaftliche/kulturbau-technische Maßnahmen	3,4	3,4	3,4	3,4	3,4
MG 06	Forstliche Maßnahmen	2,5	1,0	1,0	1,0	1,0
MG 07	Sonstige Maßnahmen	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3

MG 08	Küstenschutz	26,0	24,6	24,6	24,6	24,6
MG 10	Dorferneuerung	5,5	3,4	3,5	3,5	3,6
MG 13	Maßnahmen aus dem EAGFL Förderung der Entwicklung des ländlichen Raumes	27,5	26,6	27,5	28,8	29,2
MG 14	Maßnahmen im Rahmen der Modulation	0,0	6,0	6,0	6,0	6,0
<u>Kap. 0812</u>						
MG 02	Betriebs- und Unterhaltungskosten für Sperrwerke	1,4	1,6	1,7	1,5	1,5
<u>Einzelplan 09</u>						
- Ministerium für Justiz, Frauen, Jugend und Familie-						
<u>Kap. 0902</u>						
MG 05	Informationstechnik (u.a. MEGA, MESTA, GRUND- BUCH)	5,0	9,1	7,0	6,4	7,0
<u>Kap. 0908</u>						
Förderung von Frauen und Mädchen						
MG 01	Impulse für neue frauenpolitische Themen und Vorhaben	0,6	0,4	0,2	0,2	0,2
MG 02	Stärkung einer frauenfördernden Infrastruktur	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
<u>Kap. 0909</u>						
Kinder, Jugend und Familie						
633 11	Unterhaltsvorschuss (Erstattun- gen)	30,7	31,4	32,2	22,0	22,5
684 02	Aktion „Schleswig-Holstein - Land für Kinder“	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
684 14	Maßnahmen der Kinder- und Ju- gendhilfe	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
MG 01	Emanzipation gleichgeschlecht- licher Lebensweisen	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
MG 20	Jugendarbeit und Jugendsozial- arbeit	2,7	2,5	2,5	2,5	2,5
MG 21	Internationale Jugendarbeit	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2
MG 22	Kinder- und Jugendschutz	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
MG 23	Präventive Maßnahmen, Finanzie- rungsbeteiligung gem. JuFöG	1,5	1,5	1,5	1,5	1,5
MG 24	Hilfe zur Erziehung	2,1	1,7	1,7	1,7	1,7
MG 25	Fortbildung in der Jugendhilfe	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
MG 26	Bau von Stätten der Jugendarbeit	0,4	1,2	0,7	0,7	0,7
MG 30	Familienfördernde Maßnahmen	3,0	2,9	2,9	2,9	3,0
MG 32	Ferienwerk -Schleswig-Holstein	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4

Einzelplan 10

**- Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit
und Verbraucherschutz -**

Kap. 1001

686 01	EU-Zuschüsse aus dem ESF	28,5	24,8	20,0	20,4	13,9
--------	--------------------------	------	------	------	------	------

Kap. 1002

TG 61	Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs	3,2	3,3	3,3	3,3	3,3
-------	---------------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----

TG 62	Besondere präventive und gesundheitspolitische Maßn.	1,2	1,0	1,0	1,0	1,0
-------	--	-----	-----	-----	-----	-----

TG 66	Ausbau der dezentralen psychiatrischen Versorgung	1,9	1,2	1,2	1,2	1,2
-------	---	-----	-----	-----	-----	-----

Kap. 1003

633 04	Landesanteil an den Ausgaben der Kriegsopferfürsorge	2,5	2,4	2,4	2,4	2,4
--------	--	-----	-----	-----	-----	-----

681 01	Impfschäden	3,3	3,2	3,3	3,3	3,3
--------	-------------	-----	-----	-----	-----	-----

TG 67	Leistungen aus der Ausgleichsabgabe nach § 11 Schwerbehindertengesetz	13,9	13,9	13,9	13,9	13,9
-------	---	------	------	------	------	------

Kap. 1004

671 03	Unfallversicherung	4,8	6,0	6,0	6,0	6,0
--------	--------------------	-----	-----	-----	-----	-----

MG 01	Jugendaufbauwerk	1,4	0,1	0,2	0,4	0,6
-------	------------------	-----	-----	-----	-----	-----

MG 06	Zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen (ESF)	9,2	9,2	9,2	9,2	9,2
-------	--	-----	-----	-----	-----	-----

MG 07	Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen „ASH III“ und „ASH 2000“	4,9	6,6	8,1	7,0	6,9
-------	---	-----	-----	-----	-----	-----

MG 08	Leistungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz	11,3	10,8	10,2	9,7	9,1
-------	--	------	------	------	-----	-----

Kap. 1005

633 02	Landesblindengeld	21,8	22,4	22,4	22,5	22,5
--------	-------------------	------	------	------	------	------

633 03/684 10	Schuldnerberatung	2,0	2,5	3,3	3,5	4,0
---------------	-------------------	-----	-----	-----	-----	-----

633 10	Grundsicherungsgesetz	0,0	34,9	34,9	0,0	0,0
--------	-----------------------	-----	------	------	-----	-----

MG 01	Förderung von Maßnahmen zur Verbesserung der Pflegeinfrastruktur	20,7	23,1	26,0	28,7	31,7
-------	--	------	------	------	------	------

MG 05	Förderung des „Freiwilligen Sozialen Jahres“	1,1	1,0	0,8	0,8	0,8
-------	--	-----	-----	-----	-----	-----

MG 06	Zuschüsse an soz. Einrichtungen aus dem Ertrag „Spiel 77“ und Losbrieflotterie	2,1	2,1	2,1	2,1	2,1
-------	--	-----	-----	-----	-----	-----

MG 07	Kindertagesstätten	53,9	53,7	53,7	53,6	53,6
-------	--------------------	------	------	------	------	------

TG 62	Besondere soziale Maßnahmen	3,3	3,1	3,1	3,1	3,1
-------	-----------------------------	-----	-----	-----	-----	-----

TG 63	Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen u. Wohnheime für Behinderte	0,0	0,2	0,4	0,7	0,9
-------	---	-----	-----	-----	-----	-----

TG 65	Sozialhilfe	388,9	379,2	394,7	434,6	448,5
<u>Kap. 1011</u>						
661 01	Schuldendiensthilfen an öffentl.-rechtl. Fachkliniken	0,0	0,1	0,2	0,3	0,4
682 05	Zuschüsse zum lfd. Betrieb der Fachkliniken des Landes	0,8	0,7	0,7	0,7	0,7
MG 03	Maßregelvollzug	16,3	17,8	18,9	19,4	19,9
<u>Kap. 1013</u>						
623 02	Schuldendiensthilfen an Krankenhaussträgerinnen/Krankenhaussträger	6,0	7,8	14,8	19,4	22,7
883 02	Erfüllung gesetzlicher Ansprüche nach dem KHG	42,5	42,5	44,5	44,5	46,5
<u>Kap. 1016</u>						
684 04	Ausbildung in der Altenpflege	2,5	2,4	1,9	1,5	1,5
<u>Einzelplan 11</u>						
- Allgemeine Finanzverwaltung -						
<u>Kap. 1102</u>						
	Kommunaler Finanzausgleich	1.056,9	1.033,9	1.081,9	1.160,7	1.231,4
	Zuweisung Familienleistungsausgleich	79,1	74,4	77,0	79,3	82,0
<u>Kap. 1104</u>						
MG 01	Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen und Gewährleistungen	7,0	10,0	10,0	10,0	10,0
<u>Kap. 1111</u>						
634 01	Zuschuss an den Lastenausgleichsfonds	1,4	1,2	1,1	1,1	1,1
TG 64	Regionalprogramm 2000					
	Epl. 06	2,7	0,7	0,2	0,3	0,3
	Epl. 08	0,3	0,1	-	-	-
	Epl. 11	0,9	3,7	4,7	6,0	10,0
	Epl. 13	0,2	-	-	-	-
<u>Einzelplan 12</u>						
-Hochbau- maßnahmen des Landes-						
<u>Kap. 1212</u>						
TG 70 - 82	Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	59,4	59,4	61,4	61,4	61,4
<u>Kap. 1209</u>						
	Investitionsprogramm Justizvollzug	10,0	10,5	9,4	10,4	13,5

Einzelplan 13

- Umweltministerium-

Kap. 1301

TG 65	Bekämpfung von Meeresverschmutzung	5,6	6,1	6,1	6,5	6,1
-------	------------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----

Kap. 1302

637 01	Zuweisungen gem. Landeswassergesetz an Landesverband der Wasser- und Bodenverbände	5,1	5,1	5,1	5,1	5,1
--------	--	-----	-----	-----	-----	-----

MG 01	Biologischer Flächenschutz und Artenschutz	9,5	8,7	9,4	9,4	9,5
-------	--	-----	-----	-----	-----	-----

MG 02	Förderung der ökologischen Technik und Wirtschaft	2,5	2,2	2,3	2,3	2,3
-------	---	-----	-----	-----	-----	-----

MG 06	Waldbauliche Förderungsmaßnahmen	1,4	1,2	1,2	1,2	1,2
-------	----------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----

MG 07	Grundwasserschutz, Grundwasserbewirtschaftung, Wasserversorgung	5,3	3,2	3,2	3,2	3,0
-------	---	-----	-----	-----	-----	-----

MG 09	Abfallvermeidung, Abfallwirtschaft und Altlastensanierung	3,0	4,7	4,5	4,9	4,8
-------	---	-----	-----	-----	-----	-----

MG 10	Vertragsnaturschutz und Halligprogramm	3,9	4,4	4,8	5,6	6,3
-------	--	-----	-----	-----	-----	-----

TG 61	Verbesserung der Gewässergüte	8,3	4,8	4,8	4,8	4,8
-------	-------------------------------	-----	-----	-----	-----	-----

TG 67	Naturnahe Umgestaltung und Pflege der Fließgewässer	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0
-------	---	-----	-----	-----	-----	-----

Kap. 1309

752 01 und 821 01	Erhaltung und Ergänzung des Waldbesitzes	1,7	1,6	1,6	1,6	1,6
-------------------	--	-----	-----	-----	-----	-----

Kap. 1310

TG 68	Maßnahmen zur Verbesserung des Grundwasserschutzes und der Grundwasserbewirtschaftung	2,5	2,5	2,4	2,4	2,4
-------	---	-----	-----	-----	-----	-----

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1	Einnahmen der laufenden Rechnung (Ziff. 11-17)	2002	6.781.424,1	
		2003	6.993.452,8	
		2004	7.171.604,2	
		2005	7.351.536,2	
		2006	7.651.392,2	
11	Steuern und EU-Eigenmittel	2002	5.440.250,0	
		2003	5.286.700,0	
		2004	5.603.100,0	
		2005	5.783.000,0	
		2006	6.125.000,0	
1101	Lohnsteuer	2002	1.943.200,0	011
		2003	1.984.000,0	
		2004	2.123.300,0	
		2005	2.150.800,0	
		2006	2.300.500,0	
1102	Veranlagte Einkommensteuer	2002	202.100,0	012
		2003	173.300,0	
		2004	204.800,0	
		2005	173.100,0	
		2006	272.200,0	
1103	Nicht veranlagte Steuer vom Ertrag, Körperschaftsteuer	2002	576.600,0	013, 014, 018
		2003	412.100,0	
		2004	463.300,0	
		2005	498.200,0	
		2006	522.100,0	
1104	Umsatzsteuer	2002	1.881.050,0	015, 016
		2003	1.889.400,0	
		2004	1.940.500,0	
		2005	2.058.400,0	
		2006	2.117.200,0	
1105	Gewerbsteuerumlage	2002	142.300,0	017
		2003	157.100,0	
		2004	164.700,0	
		2005	174.700,0	
		2006	176.300,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1106	EU-Eigenmittel	2002	--	21-24
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
1107	Tabaksteuer	2002	--	032
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
1108	Mineralölsteuer	2002	--	031
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
1109	Sonstige Bundessteuern	2002	--	033-049
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
1110	Lastenausgleichsabgaben	2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
1111	Vermögensteuer	2002	5.800,0	051
		2003	6.500,0	
		2004	4.300,0	
		2005	2.200,0	
		2006	0,0	
1112	Kraftfahrzeugsteuer	2002	295.500,0	054
		2003	284.500,0	
		2004	309.200,0	
		2005	319.100,0	
		2006	317.000,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1113	Biersteuer	2002	15.400,0	061
		2003	15.200,0	
		2004	15.100,0	
		2005	15.000,0	
		2006	14.900,0	
		2006	14.900,0	
1114	Sonstige Landessteuern	2002	378.300,0	052, 053, 055- 059, 069
		2003	364.600,0	
		2004	377.900,0	
		2005	391.500,0	
		2006	404.800,0	
		2006	404.800,0	
1115	Gemeindeanteil an der Lohnsteuer und der veranlagten Einkommensteuer	2002	--	071
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
1116	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2002	--	076
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
1117	Gemeindeanteil am Zinsabschlag	2002	--	078
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
1118	Grundsteuer	2002	--	072-073
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
1119	Gewerbsteuer	2002	--	075-077
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1120	Sonstige Gemeindesteuern	2002	--	081-089
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
12	Steuerähnliche Abgaben (ohne Muenzeinnahmen)	2002	108.842,4	09 (ohne 092)
		2003	103.723,0	
		2004	104.723,0	
		2005	104.723,0	
		2006	104.723,0	
		2006	104.723,0	
13	Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2002	169.905,5	12
		2003	265.110,2	
		2004	162.617,5	
		2005	263.653,5	
		2006	202.738,5	
		2006	202.738,5	
14	Zinseinnahmen	2002	711,4	
		2003	654,1	
		2004	637,0	
		2005	632,0	
		2006	623,0	
		2006	623,0	
141	vom öffentlichen Bereich	2002	5,0	
		2003	5,0	
		2004	1,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
		2006	0,0	
1411	von Ländern	2002	--	152
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
1412	von Gemeinden (GV.)	2002	5,0	153
		2003	5,0	
		2004	1,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
		2006	0,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1413	von Zweckverbänden	2002	0,0	157
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
1414	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2002	--	151, 154, 156
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
142	von anderen Bereichen	2002	706,4	16
		2003	649,1	
		2004	636,0	
		2005	632,0	
		2006	623,0	
15	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2002	826.027,3	
		2003	1.116.420,5	
		2004	1.084.363,0	
		2005	984.458,0	
		2006	1.002.251,0	
151	vom öffentlichen Bereich	2002	732.090,5	
		2003	1.013.946,6	
		2004	987.157,0	
		2005	886.445,0	
		2006	911.203,0	
1511	vom Bund	2002	624.971,8	211, 231
		2003	797.511,9	
		2004	790.824,8	
		2005	640.114,8	
		2006	652.050,8	
1512	Länderfinanzausgleich	2002	31.425,0	212
		2003	141.300,0	
		2004	120.600,0	
		2005	174.000,0	
		2006	187.000,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1513	sonstige von Ländern	2002	17.770,5	232
		2003	10.200,4	
		2004	10.778,0	
		2005	10.989,0	
		2006	10.535,0	
1514	von Gemeinden (GV.)	2002	56.524,7	213, 233
		2003	63.122,2	
		2004	63.335,0	
		2005	59.926,0	
		2006	60.202,0	
1515	von Zweckverbänden	2002	86,9	217, 237
		2003	86,9	
		2004	87,0	
		2005	87,0	
		2006	87,0	
1516	von Sozialversicherungsträgern	2002	1.311,6	216, 235, 236
		2003	1.725,2	
		2004	1.532,2	
		2005	1.328,2	
		2006	1.328,2	
1517	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2002	--	214, 234
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
152	von anderen Bereichen	2002	93.936,8	112, 27, 28
		2003	102.473,9	
		2004	97.206,0	
		2005	98.013,0	
		2006	91.048,0	
16	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben	2002	25.372,0	
		2003	22.582,9	
		2004	20.094,0	
		2005	18.885,0	
		2006	17.882,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
161	Schuldendiensthilfen vom öffentlichen Bereich	2002	11.898,4	
		2003	11.732,0	
		2004	10.079,0	
		2005	9.237,0	
		2006	8.169,0	
1611	vom Bund	2002	11.898,4	221
		2003	11.732,0	
		2004	10.079,0	
		2005	9.237,0	
		2006	8.169,0	
1612	von Ländern	2002	--	222
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
1613	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2002	--	223-227
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
162	Schuldendiensthilfen und Erstattungen von Verwaltungsausgaben von anderen Bereichen	2002	13.473,6	26
		2003	10.850,9	
		2004	10.015,0	
		2005	9.648,0	
		2006	9.713,0	
17	Sonstige Einnahmen der laufenden Rechnung	2002	210.315,5	
		2003	198.262,1	
		2004	196.069,7	
		2005	196.184,7	
		2006	198.174,7	
171	Gebühren, sonstige Entgelte	2002	197.267,9	111
		2003	183.859,5	
		2004	181.922,0	
		2005	182.047,0	
		2006	184.053,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
172	Sonstige Einnahmen	2002	13.047,6	119
		2003	14.402,6	
		2004	14.147,7	
		2005	14.137,7	
		2006	14.121,7	
2	Einnahmen der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25)	2002	263.339,1	
		2003	210.940,4	
		2004	197.568,5	
		2005	199.783,2	
		2006	202.433,2	
21	Veräußerung von Sachvermögen	2002	43.793,6	131, 132
		2003	12.485,8	
		2004	4.120,0	
		2005	3.576,0	
		2006	3.082,0	
22	Vermögensübertragungen	2002	178.135,3	
		2003	179.849,1	
		2004	182.124,5	
		2005	185.925,2	
		2006	188.846,2	
221	Zuweisungen für Investitionen vom öffentlichen Bereich	2002	103.246,2	
		2003	103.926,4	
		2004	108.178,5	
		2005	111.238,2	
		2006	113.835,2	
2211	vom Bund	2002	78.032,3	331
		2003	77.451,8	
		2004	78.381,5	
		2005	79.083,2	
		2006	79.076,2	
2212	von Ländern	2002	153,4	332
		2003	154,0	
		2004	154,0	
		2005	154,0	
		2006	154,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2213	von Gemeinden (GV.)	2002	23.910,1	333
		2003	26.320,6	
		2004	29.643,0	
		2005	32.001,0	
		2006	34.605,0	
2214	von Sozialversicherungsträgern	2002	1.150,4	336
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
2215	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2002	0,0	334; 337
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
222	Zuschüsse für Investitionen von anderen Bereichen	2002	74.889,1	34
		2003	75.922,7	
		2004	73.946,0	
		2005	74.687,0	
		2006	75.011,0	
2221	von Sozialversicherungsträgern	2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
2222	von Sonstigen	2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
223	Sonstige Vermögensübertragungen	2002	0,0	
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2231	vom Bund	2002	--	291
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
2232	von Ländern	2002	--	292
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
2233	von Gemeinden (GV.)	2002	--	293
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
2234	von anderen Bereichen	2002	0,0	297-299
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
23	Darlehensrückflüsse	2002	11.718,8	
		2003	9.073,8	
		2004	8.403,0	
		2005	8.343,0	
		2006	9.031,0	
231	vom öffentlichen Bereich	2002	973,6	
		2003	808,8	
		2004	551,0	
		2005	595,0	
		2006	1.303,0	
2311	von Ländern	2002	--	172
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2312	von Gemeinden (GV.)	2002	563,6	173
		2003	308,8	
		2004	51,0	
		2005	115,0	
		2006	833,0	
2313	von Zweckverbänden	2002	410,0	177
		2003	500,0	
		2004	500,0	
		2005	480,0	
		2006	470,0	
2314	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2002	--	171, 174, 176
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
232	von anderen Bereichen	2002	10.745,2	
		2003	8.265,0	
		2004	7.852,0	
		2005	7.748,0	
		2006	7.728,0	
2321	von Sonstigen im Inland	2002	10.729,9	141, 181, 182
		2003	8.249,7	
		2004	7.837,0	
		2005	7.733,0	
		2006	7.713,0	
2322	vom Ausland	2002	15,3	146, 186
		2003	15,3	
		2004	15,0	
		2005	15,0	
		2006	15,0	
24	Veräußerungen von Beteiligungen u. dgl.	2002	23.362,9	133, 134
		2003	5.100,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
25	Schuldenaufnahme beim öffentlichen Bereich	2002	6.328,5	
		2003	4.431,7	
		2004	2.921,0	
		2005	1.939,0	
		2006	1.474,0	
		2006	1.474,0	
251	vom Bund	2002	6.328,5	311
		2003	4.431,7	
		2004	2.921,0	
		2005	1.939,0	
		2006	1.474,0	
		2006	1.474,0	
252	von Ländern	2002	--	312
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
253	von Gemeinden/Gv	2002	--	313
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
254	vom sonstigen öffentlichen Bereich	2002	--	314, 317
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
3	Globale Mehreinnahmen	2002	100.000,0	
		2003	80.000,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
		2006	0,0	
3000	Globale Mehreinnahmen - soweit nicht aufgeteilt	2002	100.000,0	37
		2003	80.000,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
		2006	0,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
4	Gesamteinnahmen (Einnahmen ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2002	7.144.763,2	
		2003	7.284.393,2	
		2004	7.369.172,7	
		2005	7.551.319,4	
		2006	7.853.825,4	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2002	2.381.331,7	
		2003	3.287.474,9	
		2004	2.927.781,0	
		2005	2.998.689,0	
		2006	3.169.359,0	
51	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt	2002	2.336.315,4	32
		2003	3.279.805,5	
		2004	2.920.111,0	
		2005	2.998.689,0	
		2006	3.169.359,0	
52	Entnahme aus Rücklagen	2002	45.016,3	35
		2003	7.669,4	
		2004	7.670,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
53	Überschüsse aus Vorjahren	2002	0,0	36
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
54	Münzeinnahmen	2002	--	092
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
6	Zu- und Absetzungen	2002	10.935,7	
		2003	5.705,7	
		2004	5.714,0	
		2005	5.721,0	
		2006	5.728,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Einnahmen	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
61	./ . Schätzung für Leertitel	2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
62	./ . Sonderhaushalte	2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
63	./ . Bruttostellungen	2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
64	+Nettostellungen (Verrechnungen u. ä.)	2002	10.935,7	
		2003	5.705,7	
		2004	5.714,0	
		2005	5.721,0	
		2006	5.728,0	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)~ (Ziff. 4 + 5 + 6)	2002	9.537.030,6	
		2003	10.577.573,8	
		2004	10.302.667,7	
		2005	10.555.729,4	
		2006	11.028.912,4	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1	Ausgaben der laufenden Rechnung (Ziff. 11-15)	2002	7.008.235,8	
		2003	7.131.505,3	
		2004	7.305.428,3	
		2005	7.487.727,1	
		2006	7.659.633,6	
11	Personalausgaben	2002	2.938.792,1	4
		2003	3.015.480,5	
		2004	3.080.109,6	
		2005	3.132.610,5	
		2006	3.183.595,4	
12	Laufender Sachaufwand	2002	512.029,1	
		2003	515.195,3	
		2004	516.583,3	
		2005	516.731,9	
		2006	516.708,7	
121	Sächliche Verwaltungsausgaben	2002	445.490,2	51-54
		2003	453.078,3	
		2004	459.510,5	
		2005	458.885,1	
		2006	465.192,9	
122	Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	2002	--	55
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
123	Erstattungen an andere Bereiche	2002	25.576,2	67
		2003	25.382,0	
		2004	25.295,1	
		2005	25.579,1	
		2006	25.841,1	
124	Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke	2002	40.962,7	686
		2003	36.735,0	
		2004	31.777,7	
		2005	32.267,7	
		2006	25.674,7	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
13	Zinsausgaben	2002	896.627,6	
		2003	910.610,5	
		2004	943.969,0	
		2005	990.596,0	
		2006	1.022.499,0	
131	an öffentlichen Bereich	2002	23,2	
		2003	22,0	
		2004	18,0	
		2005	18,0	
		2006	17,0	
1311	an Bund	2002	23,2	561
		2003	22,0	
		2004	18,0	
		2005	18,0	
		2006	17,0	
1312	an Sondervermögen	2002	--	564
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
1313	an sonstigen öffentlichen Bereich	2002	--	562, 563, 567
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
132	an andere Bereiche	2002	896.604,4	
		2003	910.588,5	
		2004	943.951,0	
		2005	990.578,0	
		2006	1.022.482,0	
1321	für Ausgleichsforderungen	2002	--	573
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1322	für Kreditmarktmittel	2002	896.604,4	571, 575, 576
		2003	910.588,5	
		2004	943.951,0	
		2005	990.578,0	
		2006	1.022.482,0	
1323	an Sozialversicherungsträger	2002	--	572
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
14	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Schuldendiensthilfen)	2002	2.641.666,6	
		2003	2.670.161,3	
		2004	2.737.233,4	
		2005	2.815.042,7	
		2006	2.900.169,5	
141	an Verwaltungen	2002	1.793.322,6	
		2003	1.796.396,3	
		2004	1.852.074,3	
		2005	1.922.277,1	
		2006	1.998.701,6	
1411	an Bund	2002	22.675,8	611, 631
		2003	21.347,3	
		2004	20.928,0	
		2005	20.539,0	
		2006	20.109,0	
1412	Länderfinanzausgleich	2002	0,0	612
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
1413	Sonstige an Länder	2002	18.755,1	632
		2003	14.854,0	
		2004	14.784,6	
		2005	14.843,1	
		2006	15.274,6	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1414	Allgemeine Finanzausweisungen an Gemeinden	2002	889.536,3	613
		2003	864.441,5	
		2004	907.670,7	
		2005	977.514,0	
		2006	1.044.592,0	
1415	Sonstige an Gemeinden (GV.)	2002	853.145,9	633
		2003	886.731,5	
		2004	899.747,0	
		2005	900.459,0	
		2006	909.806,0	
1416	an Sondervermögen	2002	1.350,0	614, 634
		2003	1.150,0	
		2004	1.100,0	
		2005	1.100,0	
		2006	1.100,0	
1417	an Zweckverbände	2002	5.331,3	617, 637
		2003	5.326,5	
		2004	5.318,0	
		2005	5.318,0	
		2006	5.318,0	
1418	an Sozialversicherungsträger	2002	2.528,2	616, 636
		2003	2.545,5	
		2004	2.526,0	
		2005	2.504,0	
		2006	2.502,0	
142	an andere Bereiche	2002	848.344,0	
		2003	873.765,0	
		2004	885.159,1	
		2005	892.765,6	
		2006	901.467,9	
1421	an Unternehmen für betriebsfremde Lasten	2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1422	sonstige an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	2002	660.226,2	682, 683, 685
		2003	679.368,1	
		2004	686.781,1	
		2005	693.074,1	
		2006	699.265,1	
1423	Renten, Unterstützungen und Ähnliches	2002	59.217,7	681
		2003	63.095,0	
		2004	65.567,9	
		2005	66.432,9	
		2006	67.179,9	
1424	an soziale und ähnliche Einrichtungen	2002	128.618,3	684
		2003	131.047,7	
		2004	132.556,1	
		2005	133.004,6	
		2006	134.768,9	
1425	an Ausland	2002	281,8	687, 688
		2003	254,2	
		2004	254,0	
		2005	254,0	
		2006	254,0	
1426	an Ausland	2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
15	Schuldendiensthilfen	2002	19.120,4	
		2003	20.057,7	
		2004	27.533,0	
		2005	32.746,0	
		2006	36.661,0	
151	an Verwaltungen	2002	6.083,0	
		2003	7.825,7	
		2004	14.993,0	
		2005	19.782,0	
		2006	23.226,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1511	an Länder	2002	--	622
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		1512	an Gemeinden (GV.)	
2003	7.825,7			
2004	14.993,0			
2005	19.782,0			
2006	23.226,0			
1513	an sonstigen öffentlichen Bereich			2002
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
		1514	an Zweckverbände	2002
2003	--			
2004	--			
2005	--			
2006	--			
152	an andere Bereiche			2002
		2003	12.232,0	
		2004	12.540,0	
		2005	12.964,0	
		2006	13.435,0	
		1521	an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen	2002
2003	11.488,8			
2004	11.800,0			
2005	12.239,0			
2006	12.719,0			
1522	an Sonstige im Inland			2002
		2003	743,2	
		2004	740,0	
		2005	725,0	
		2006	716,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
1523	an Ausland	2002	--	666
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
1524	an Ausland	2002	--	
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
2	Ausgaben der Kapitalrechnung (Ziff. 21-25) [~] (Ziff. 21 - 25)	2002	725.175,6	
		2003	713.121,7	
		2004	719.265,9	
		2005	711.692,3	
		2006	712.291,8	
21	Sachinvestitionen	2002	197.731,7	
		2003	203.748,1	
		2004	209.313,9	
		2005	204.218,3	
		2006	196.813,8	
211	Baumaßnahmen	2002	141.606,0	7
		2003	144.009,0	
		2004	155.673,6	
		2005	156.625,8	
		2006	143.342,8	
212	Erwerb von unbeweglichen Sachen	2002	2.492,9	82
		2003	4.009,0	
		2004	1.964,0	
		2005	1.964,0	
		2006	1.964,0	
213	Erwerb von beweglichen Sachen	2002	53.632,8	81
		2003	55.730,1	
		2004	51.676,3	
		2005	45.628,5	
		2006	51.507,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.-Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
22	Vermögensübertragungen	2002	478.513,1	
		2003	456.760,3	
		2004	458.108,0	
		2005	456.579,0	
		2006	465.009,0	
221	Zuweisungen für Investitionen	2002	345.902,2	
		2003	337.462,8	
		2004	337.471,0	
		2005	348.542,0	
		2006	361.884,0	
2211	an Länder	2002	721,0	882
		2003	857,0	
		2004	992,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
2212	an Gemeinden (GV.)	2002	331.945,0	883
		2003	327.557,7	
		2004	327.673,0	
		2005	339.905,0	
		2006	353.321,0	
2213	an Zweckverbände	2002	9.786,9	887
		2003	8.629,1	
		2004	8.253,0	
		2005	8.253,0	
		2006	8.153,0	
2214	an sonstigen öffentlichen Bereich	2002	3.449,3	881, 884, 886
		2003	419,0	
		2004	553,0	
		2005	384,0	
		2006	410,0	
222	Zuschüsse für Investitionen an andere Bereiche	2002	132.218,8	89
		2003	118.879,2	
		2004	120.127,0	
		2005	107.525,0	
		2006	102.521,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
223	sonstige Vermögensübertragungen	2002	392,1	
		2003	418,3	
		2004	510,0	
		2005	512,0	
		2006	604,0	
		2231	an Länder	
2003	--			
2004	--			
2005	--			
2006	--			
2232	an Gemeinden (GV.)			2002
		2003	358,0	
		2004	359,0	
		2005	361,0	
		2006	363,0	
		2233	an sonstige Verwaltungen	2002
2003	--			
2004	--			
2005	--			
2006	--			
2234	an andere Bereiche			2002
		2003	60,3	
		2004	151,0	
		2005	151,0	
		2006	241,0	
		23	Darlehen	2002
2003	51.802,8			
2004	51.121,0			
2005	50.175,0			
2006	49.761,0			
231	an Verwaltungen			2002
		2003	15.050,0	
		2004	15.050,0	
		2005	15.050,0	
		2006	15.050,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
2311	an Länder	2002	--	852
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	
2312	an Gemeinden (GV.)	2002	0,0	853
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
		2006	0,0	
2313	an Zweckverbände	2002	0,0	857
		2003	50,0	
		2004	50,0	
		2005	50,0	
		2006	50,0	
		2006	50,0	
2314	an sonstige Verwaltungen	2002	15.000,0	851, 854, 856
		2003	15.000,0	
		2004	15.000,0	
		2005	15.000,0	
		2006	15.000,0	
		2006	15.000,0	
232	an andere Bereiche	2002	33.560,4	
		2003	36.752,8	
		2004	36.071,0	
		2005	35.125,0	
		2006	34.711,0	
		2006	34.711,0	
2321	an Sonstige im Inland	2002	33.560,4	861-863, 87
		2003	36.752,8	
		2004	36.071,0	
		2005	35.125,0	
		2006	34.711,0	
		2006	34.711,0	
2322	an Ausland	2002	--	866
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
		2006	--	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
24	Erwerb von Beteiligungen u.ä.	2002	105,0	83
		2003	190,0	
		2004	200,0	
		2005	200,0	
		2006	200,0	
25	Schuldentilgung an öffentlichen Bereich	2002	265,4	
		2003	620,5	
		2004	523,0	
		2005	520,0	
		2006	508,0	
251	an Bund	2002	265,4	581
		2003	220,5	
		2004	123,0	
		2005	120,0	
		2006	108,0	
252	an Sondervermögen	2002	0,0	584
		2003	400,0	
		2004	400,0	
		2005	400,0	
		2006	400,0	
253	an sonstigen öffentlichen Bereich	2002	--	582, 583, 587
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
3	Globale Mehrausgaben	2002	-31.326,9	
		2003	-40.812,9	
		2004	-143.100,0	
		2005	-143.100,0	
		2006	-113.100,0	
3000	Globale Mehrausgaben - soweit nicht aufgeteilt	2002	-31.326,9	97
		2003	-40.812,9	
		2004	-143.100,0	
		2005	-143.100,0	
		2006	-113.100,0	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
4	Gesamtausgaben (Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge - Ziff. 1 bis 3 -)	2002	7.702.084,5	
		2003	7.803.814,1	
		2004	7.881.594,2	
		2005	8.056.319,4	
		2006	8.258.825,4	
5	Besondere Finanzierungsvorgänge	2002	1.824.010,4	
		2003	2.768.054,0	
		2004	2.415.359,5	
		2005	2.493.689,0	
		2006	2.764.359,0	
51	Tilgungsausgaben am Kreditmarkt	2002	1.823.761,9	
		2003	2.767.805,5	
		2004	2.415.111,0	
		2005	2.493.689,0	
		2006	2.764.359,0	
511	für Kreditmarktmittel	2002	1.823.761,9	595
		2003	2.767.805,5	
		2004	2.415.111,0	
		2005	2.493.689,0	
		2006	2.764.359,0	
512	für Ausgleichsforderungen	2002	--	593
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
513	an Sozialversicherungsträger	2002	--	592
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	
514	an Sonstige	2002	--	591, 596
		2003	--	
		2004	--	
		2005	--	
		2006	--	

Finanzplan 2002 bis 2006
Gruppierung der Einnahmen und Ausgaben nach Arten

Gld.- Nr.	Ausgaben	Jahr	Ansatz T€	Gruppierungs- ziffer Bund/Länder
52	Zuführung an Rücklagen	2002	248,5	91
		2003	248,5	
		2004	248,5	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
53	Deckung von Vorjahresfehlbeträgen	2002	0,0	96
		2003	0,0	
		2004	0,0	
		2005	0,0	
		2006	0,0	
6	Zu- und Absetzungen	2002	10.935,7	
		2003	5.705,7	
		2004	5.714,0	
		2005	5.721,0	
		2006	5.728,0	
64	Nettostellungen (Verrechnungen u.ä.)	2002	10.935,7	98
		2003	5.705,7	
		2004	5.714,0	
		2005	5.721,0	
		2006	5.728,0	
7	Abschluss-summe der Haushalte (Ziff. 4+5+6)~ (Ziff. 4 + 5 + 6)	2002	9.537.030,6	
		2003	10.577.573,8	
		2004	10.302.667,7	
		2005	10.555.729,4	
		2006	11.028.912,4	